

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Geschichte der neuesten Zeit

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1863 bis 1871

Bulle, Constantin

Berlin, 1888

Vierter Abschnitt: Zwischen Krieg und Frieden.

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6496

wieder bei einander (die zweite nunmehr natürlich unter dem Vorsitz des Dr. Weis), so begannen die Angriffe. Der Reichsrat ging mit einer scharfen Adresse voran; ein evangelischer Prälat, von Harleß, hatte sie entworfen und sechs königliche Prinzen stimmten für sie, trotz des Wunsches, den der Monarch ihnen eröffnet, sie möchten der Sitzung fern bleiben; nur 12 Reichsräte standen zur Regierung. Um über seine persönliche Gesinnung nicht den leisesten Zweifel aufkommen zu lassen verweigerte König Ludwig darauf die Annahme der Adresse, zeichnete die 12 Reichsräte in demonstrativer Weise aus und verbot den Prinzen bis auf weiteres den Hof. Doch war Hohenlohe gegen den Widerspruch beider Kammern nicht zu halten. Er blieb nur noch um in der Adreßdebatte des Abgeordnetenhauses, die nicht weniger als zwölf Tage dauerte, seine Politik gegen die Angriffe Förge und der anderen Patrioten zu verteidigen. Am 15. Februar trat er zurück und empfahl dem Könige als Nachfolger den Gesandten in Wien, Grafen Bray-Steinburg, der am 7. März sein Amt antrat. Dessen Politik war zwar auch nicht völlig die der Patrioten, aber sie verzichtete doch auf die Ausbildung des Verhältnisses zum Nordbunde, hielt den Gedanken eines Südbundes für nicht geradezu unausführbar und betrachtete die augenblickliche Lage Bayerns als durchaus befriedigend, ja unangreifbar. Weit entfernt aber war der neue Ministerpräsident davon aus diesen Voraussetzungen mit den Patrioten den Schluß zu ziehen, daß Bayern nun entwaffnen könne, und aus den Anträgen, welche Kolb, der Berichterstatter über das Heerwesen, vorbereitete, aus der Forderung die Dienstzeit bei der Infanterie auf acht Monate festzusetzen, die Zahl der Offiziere zu vermindern, die Regimentsverbände aufzulösen, schien sich im Juli 1870 eben ein neuer Konflikt zu entwickeln, als größere Ereignisse alle diese Pläne über den Haufen warfen.

Ministerium
Bray.

Der napoleonische Liberalismus.

Daß die neue Ordnung der Dinge in Deutschland über kurz oder lang durch einen Krieg gegen Frankreich werde befestigt werden müssen, war ein Gefühl, in dem nach 1866 die öffentliche Meinung in ganz Europa mit den Diplomaten von Fach durchaus übereinstimmte. Zu leidenschaftlich war die Stimmung jenseits des Rheines gegen Preußen aufgeregt, zu einmütig lechzten alle Parteien nach baldiger „Revanche“ für Sadowa, als daß Napoleon, der, von körperlichen Leiden geplagt und nur auf die Befestigung seiner Dynastie bedacht, den Kampf wohl lieber vermieden hätte, ihrem Geschrei hätte Einhalt thun können. Unter diesen Umständen lag für Bismarck die Versuchung nahe es zum Kriege zu treiben, ehe die neue französische Wehrverfassung durchgeführt war und Oesterreich, voraussichtlich der Bundesgenosse Frankreichs, sich von seinen Schlägen erholt hatte. An Vorwänden und Gelegenheiten dazu würde es nicht gefehlt haben, da Napoleon unablässig seine Versuche

Kriegsgefahr
von Frank-
reich.

Ausweichende
Politik
Bismarcks.

erneuerte, den Kanzler zur Preisgabe deutschen oder belgischen Landes zu bewegen. Eine schroffe Ablehnung dieser Zumutungen hätte den Kaiser ohne Zweifel sofort zum Kriege getrieben; denn hinlänglich klar war es, daß diese stets wiederholten Anträge von ihm nur in der Hoffnung gestellt wurden, er könne sich dadurch den Kampf mit Deutschland ersparen; raubte man ihm diese Hoffnung unwiderruflich, so mußte der Krieg auch ihm unvermeidlich erscheinen und dann war der Ausbruch binnen kurzem gewiß. Aber Bismarck verschmähte diesen Weg; er meinte, so sicher durchschaue niemand die Absichten der göttlichen Vorsehung, daß er jede Möglichkeit des Friedens bestreiten dürfe; auch ein siegreicher Krieg erschien ihm als ein Übel, das die Staatskunst den Völkern ersparen müsse; er rechnete mit der Möglichkeit, daß Napoleon selbst durch eine Revolution gestürzt und Frankreich dann durch innere Wirren unfähig zum Angriff gemacht werden könne. Diese Erwägung veranlaßte ihn auch fernerhin alle französischen Anträge hinhaltend und ausweichend zu behandeln, nie auch nur mündlich ein Versprechen zu machen, aber nie auch dem Kaiser die letzte Hoffnung zu rauben. Vier Jahre des Friedens, aber freilich auch der unablässigen Kriegsbefürchtungen, waren die Frucht dieser Politik.

Die Reformen
vom 19. Jan.
1867.

Ob Napoleons Herrschaft in Frankreich wirklich ernsthaft gefährdet sei oder nicht, konnte niemand mit Sicherheit sagen. Der Zuwachs an Kraft, den die Opposition gewonnen, war allerdings unverkennbar; aber diese Opposition war doch auch in gewissem Umfange dynastischer geworden. Nicht weil man den Bonapartismus liebte, sondern weil man den beständigen Wechsel für das größte Unglück hielt, fing man an sich mit der Hoffnung zu tragen, es werde das Kaiserreich zu einer liberaleren Politik im Inneren gebracht werden können. Selbst Thiers äußerte sich wohl in diesem Sinne und Ollivier bekannte sich ganz unverhohlen dazu. Napoleon war schon Anfang 1867 nahe daran den letzteren ins Ministerium zu berufen. Allein die liberalen Änderungen, zu denen er bereit war, ein neues Preß- und Vereinsgesetz und die Erteilung des Interpellationsrechtes an Stelle der Adreßdebatte, hielten sich doch noch in zu engen Grenzen um einen so bedeutsamen Personenwechsel zu rechtfertigen. Die bisherigen Minister traten zwar zurück, als der Kaiser am 19. Januar 1867 einen Brief an Rouher richtete, in dem er jene Neuerungen ankündigte; allein die meisten nahmen Kontremarken, wie der endgültig verabschiedete Kriegsminister Randon spöttisch meinte, und der Eintritt Niels, des Reorganisators der Armee, war in der That die einzige erhebliche Änderung des Kabinetts. Für die innere Politik hatte auch sie keine Bedeutung, aber in die Reform des Heerwesens kam wirklich neuer Schwung, und daß daran alles Verdienst ausschließlich Niel zufiel, lehrte späterhin die Thatfache, daß mit dem Tode des Ministers (1869) die bisherige Langsamkeit, Gleichgültigkeit und Entschlußlosigkeit auch in der Armeeverwaltung wieder überhand nahm. Niel brachte vor allem das neue Wehrgesetz zustande, das die Dienstpflicht auf neun Jahre,

Die Armeereform
Niels.

fünf bei der Fahne, vier bei der Reserve, feststellte und eine Nationalgarde schuf, der jeder Waffentüchtige angehören sollte — Reformen, durch welche man in einigen Jahren gegen 800 000 Linien Soldaten und Reservisten, gegen 400 000 Mobilgardisten zur Verfügung zu haben hoffte; er entwarf außerdem einen vollständigen Mobilmachungsplan, versammelte die Eisenbahndirektoren zu Beratungen über die Truppentransporte in Kriegszeiten, ließ durch den Militärbevollmächtigten in Berlin, den Obersten Stoffel, das preussische Heerwesen gründlich studieren und in umfassenden Berichten für den Kaiser fachgemäß darstellen, kurz that alles, was geeignet war um Frankreich für den Krieg mit Preußen, den er aus ganzer Seele wünschte, auszurüsten.

Die keineswegs geringen Lasten, welche das neue Wehrgesetz dem Lande auferlegte, veranlaßten auch in der Kammer sehr umfangreiche Diskussionen, und ehe es am 1. Februar 1868 vom Kaiser vollzogen werden konnte, war es mannigfachen Umarbeitungen unterzogen. Deutlicher als bei anderen Gelegenheiten ließ sich dabei das Erstarken jener Mittelpartei verfolgen, die keineswegs auf jede Opposition verzichteten wollte, aber noch weniger an dem Bestande der Dynastie zu rütteln gedachte. Den alten Bonapartisten war aber schon dieser gemäßigtere Widerstand gegen den Willen des Kaisers ein Greuel; daß Napoleon sich auf Zugeständnisse wie die vom 19. Januar einließ, verdroß sie höchlichst, und die äußerste Rechte gab ihrem Schmollen sogar dadurch Ausdruck, daß sie zu einer eigenen Fraktion, die nach ihrem Klublokal in der Rue de l'Arcade den Namen Arkadier erhielt, zusammentrat. Diese mannigfaltigere Parteibildung war ein bedeutsameres Zeichen der Zeit als die lebhaften Plänkeleien zwischen der Opposition und dem Ministerium oder die Kundgebungen des ingrimmigen Hasses gegen das Kaisertum außerhalb der Kammern. Nicht mehr die alten historischen Gegensätze der Legitimisten, der Orleanisten, der Bonapartisten waren es, die in diesen neuen Gruppen zur Geltung kamen, sondern statt ihrer die naturgemäßen Unterschiede derer, die ein parlamentarisches Regiment von größerer oder geringerer Machtfülle, und derer die nach alter Weise eine absolute Herrschaft des Kaisers wollten. Erhielten die neuen Strömungen, die innerhalb der bestehenden Verfassung blieben, Zeit sich zu vertiefen und zu verbreitern, verzichtete der Kaiser darauf sie zu verschütten oder einzudämmen, so konnten sie nach und nach viele Elemente in sich hereinziehen, die bis dahin von dem Bonapartismus noch nichts wissen wollten. Die Maßlosigkeiten der Radikalen mußten dieser Entwicklung sogar förderlich werden, wenn der Kaiser die maßvollen Forderungen der dynastischen Opposition zu befriedigen verstand. Bei der Pariser Arbeiterbevölkerung mochten die bissigen Bemerkungen mit denen Rochefort, der Herausgeber der „Lanterne“, den Kaiser verfolgte, lauten Jubel, bei den unzufriedenen Mitgliedern der alten Opposition mindestens unverhohlene Schadenfreude erregen: ernstere Gefahren konnte dieses Strohfeuer von Witz und Bosheit doch selbst

Parteigruppierungen.

Die Radikalen.

in Frankreich nicht schaffen, und wie unerschöpflich Rocheforts Talent für Anspielungen und Zweideutigkeiten auch sein mochte, am Ende mußte es doch seiner selbst überdrüssig werden und selbst verstummen. Alles kam also darauf an, daß die Regierung ihren Gleichmut bewahrte und daß der Kaiser den liberaleren Ideen, denen er sich zuzuwenden versprochen hatte, unentwegt treu blieb. Aber das war allerdings nicht der Fall und konnte kaum der Fall sein, da Napoleon alsdann mit seiner ganzen Weltanschauung hätte brechen müssen. Oft genug wurden die Gerichte in Anspruch genommen um die allzudeckten Angriffe der Radikalen zu strafen; oft genug mischte sich die Polizei oder die Verwaltung ein, wenn die Republikaner mißliebige Kundgebungen veranstalteten. Die Wirkung war doch jedesmal die, daß die an sich unbedeutende Veranlassung, die bald der Vergessenheit anheimgefallen wäre, der Ausgangspunkt neuer, längere Zeit andauernder Erregungen wurde, und daß die radikalen Advokaten, unter denen der junge Léon Gambetta hervorzutreten begann, Gelegenheit fanden die Bewunderung der Menge auf sich zu lenken. Diese Verkettung trat Ende 1868 bei einem geringfügigen Vorfall besonders deutlich zu Tage. Am Allerseelenfeste pilgerten die Republikaner nach dem Montmartre-Kirchhof die Gräber ihrer Parteigenossen nach allgemeiner Sitte zu bekränzen, so auch das Baudins, des Abgeordneten, der beim Kampfe gegen den Staatsstreich auf der Barrikade gefallen war. Die Polizei griff ein und reizte dadurch die republikanischen Blätter zur Eröffnung einer Geldsammlung für ein Grabdenkmal Baudins. Das führte wieder zu einer Reihe von Prozessen, und in diesen fand Gambetta die Gelegenheit zu den bittersten Angriffen auf den Kaiser, dessen Genossen beim Staatsstreich er den Auswurf der Bevölkerung nannte. Nun war alles reif für einen blutigen Zusammenstoß am Todestage Baudins, und der Kaiser selbst fand die Haltung des Ministers des Innern so ungeschickt, daß er ihn entließ und Forcade de la Roquette mit dem schwierigen Amte betraute.

Baudins Grab.

Die Wahlen
von 1869.

Dieser zog zwar auch die Blätter, die allzu dreist sich äußerten, zur Verantwortung und ließ die Versammlungen schließen, in denen der Umsturz des Bestehenden, die Ungültigkeit des politischen Eides oder die Vortrefflichkeit der sozialistischen Republik gepredigt wurde; aber er ging doch besonnener damit vor und beschritt einen wirksameren Weg, indem er die maßlosesten Reden dieser Art zu kleinen Traktätlein zusammenstellen und unter die ländliche und kleinstädtische Bevölkerung verteilen ließ, sicher, daß diese dadurch dem Bonapartismus erst recht in die Arme getrieben werde. Für die bevorstehenden Wahlen zog die Regierung daraus keine geringe Unterstützung. Die Mittelpartei aber durfte erwarten, daß der Kaiser, wenn es ihm mit Reformen Ernst sei, sie gewähren lasse, und ihre Kandidaten nicht bekämpfe. Diese Erwartung ging jedoch nicht in Erfüllung. Rouher fürchtete, daß seine Rolle als Bizereiser dann ausgespielt sei, daß er vor den Häuptern des

tiers-parti, den Buffet, Talhouet, Daru, vielleicht gar vor Ollivier sich werde zurückziehen müssen. Den Anstrengungen der Präfekten und Maires gelang es denn auch etwa 200 Rouheristen durchzubringen; die dynastische Opposition setzte in den Wahlen vom 23. Mai 1869 etwa 60, die radikale gegen 40 ihrer Anhänger durch; die ansehnlichen Minderheiten, deren sich die Mittelpartei fast überall erfreute, konnten beweisen, daß ohne die Gegenwirkung der Regierung der Sieg auf ihrer Seite gewesen sein würde.

Diese Thatsache erwies sich nun kräftiger als das bloße Stimmenverhältnis; inmitten der Rouheristen erhob sich der Abfall, noch ehe die Kammer zusammengetreten war. Befand sich doch auch unter ihnen gar mancher, der der Mittelpartei nahe stand und wenig geneigt war sich zu den „Mamelucken“, wie der Volkswitz die unbedingten Anhänger der Regierung nannte, zählen zu lassen. Der reaktionäre Eifer der Ministeriellen that ein Ubriges. Ihr Wortführer in der Presse, Clement Duvernois, der in persönlichen Beziehungen zum Kaiser stand, verkündete, daß bei diesem Ausfall der Wahlen von einer Vermehrung der Freiheiten nicht die Rede sein könne; und Napoleon selbst schrieb einem der Gewählten, dem Herzog von Mackau, einen Brief, in dem er andeutete, daß er es seiner Ehre schuldig sei gerade jetzt Rouher nicht fallen zu lassen. Er hoffte eine Frist dadurch zu gewinnen, daß er die neue Kammer Ende Juni zu einer sog. kleinen Session berief, in der nur die Wahlen geprüft werden sollten. Allein kaum war dieselbe eröffnet, als die Mittelpartei die Interpellation ankündigte, ob die Regierung dem Lande wirksameren Anteil an den Geschäften zu geben gedenke. Rouher, der bald herausfühlte, daß die Mehrheit sich für diese Interpellation erklären werde, lenkte nun plötzlich ein. Durch einen seiner Getreuen ließ er eine Gegenfrage stellen, die viel weiter ging und ganz bestimmte Rechte forderte, besonders die Wahl des Vorstandes durch die Kammern und die Wiederherstellung der Adresse. Aber die Mittelpartei war nicht willens sich das Heft aus der Hand nehmen zu lassen; sie änderte vielmehr ihre Interpellation um und beanspruchte sogar die Ministerverantwortlichkeit. Und so groß war die Zersetzung unter den Rouheristen, daß binnen wenigen Tagen diese Interpellation 116 Unterschriften zählte, darunter keine einzige aus den Reihen der Linken. Trat diese — wie das zweifellos war — bei der Abstimmung auch auf die Seite der Unterzeichner, so verfügten diese über 156 von 292 Stimmen, d. h. über die Mehrheit. Das Unerhörte stand also bevor: ein bonapartistischer gesetzgebender Körper war im Begriff vom Kaiser eine Verfassungsänderung zu verlangen, die das ganze System, die ausschließliche Verantwortlichkeit des Staatsoberhauptes, in Frage stellte.

Es wurde Napoleon schwer einen schnellen Entschluß zu fassen: aber den dringenden Vorstellungen Schneiders, des Präsidenten der gesetzgebenden Versammlung, gelang es ihm wenigstens ein erstes Entgegenkommen abzurufen. Eine Botschaft vom 12. Juli versprach zwar

Die Interpellation der Mittelpartei.

Rouher's Rücktritt.

nicht die Verantwortlichkeit der Minister, wohl aber die Wahl des Kammerbüreaus und andere Erweiterungen der parlamentarischen Rechte; zugleich vertagte sie die Kammer und berief den Senat auf den 2. August um diese Pläne zu genehmigen. Rouher schied aus dem Ministerium und mit ihm die Hälfte seiner Kollegen; doch war unter denen, die Forcade, der neue Präsident, zum Ersatz aussuchte kein Mitglied der Mittelpartei und, noch bezeichnender, Rouher wurde Vorsitzender des Senates. Dieser genehmigte darauf in einer vierwöchentlichen Session zwölf neue Verfassungsparagraphen, deren einer die Abhängigkeit der Minister vom Kaiser und ihre Verantwortlichkeit (aber ohne den Zusatz: vor der Kammer) verfügte. Nur drei Stimmen, unter ihnen die des Prinzen Napoleon, erklärten sich am 6. September gegen diese Änderungen. Zum 29. November wurde der gesetzgebende Körper wieder einberufen, um in den Genuß der neuen Rechte zu treten. Eine Amnestie am 15. August, dem Napoleonstage, und ein Freibrief für Rochefort, der, wegen neuer Preßvergehen nach Belgien geflüchtet, am 21. November bei einer Nachwahl in Paris als Kandidat auftreten wollte und wirklich gewählt wurde, sollten bezeugen, daß der Kaiser den Weg der Versöhnung auch den Unversöhnlichen gegenüber ernstlich betreten wolle.

Verfassungs-
änderung.

Ministerium
Ollivier.

Dazu reichten aber die bisherigen Zugeständnisse nicht aus: vor Allem war ein anderes Ministerium nötig, und der Kaiser, der das einsah, knüpfte daher noch vor Jahreschluß von neuem mit Emil Ollivier an. In einem Briefe vom 27. Dezember 1869 gab er ihm die Vollmacht ein gleichartiges Kabinett, welches das Vertrauen der Kammer genieße, zu bilden, und am 2. Januar 1870 bestätigte er die Liste, die neben Ollivier die Namen Buffet, Daru, Talhouet, Louvet, Richard, Chevaudier de Valdrôme, Segris und von den bisherigen Ministern Leboeuf, Rigault de Genouilly und Baillant enthielt. Die neuen Männer waren sämtlich der Mittelpartei entnommen; einzelne von ihnen waren persönlich mit dem Kaiser verfeindet gewesen, andere standen Thiers, Guizot, Odilon Barrot nahe, und es war ein vielverheißendes Vorzeichen, daß diese Häupter des Orleanismus das neue Regiment willig anerkannten, ja sich zum Teil in beratende Kommissionen schicken ließen um die reformatorischen Gesetze, mit denen Ollivier sich trug, vorzubereiten. Der Radikalismus schäumte natürlich vor Wut über diese neue Wendung, die seine schönsten Hoffnungen zu knicken drohte. Jetzt galt es alles auf eine Karte zu setzen und zu sehen, ob Paris zur Revolution willig und stark sei. Vielleicht kam ein Zufall ihm dabei zu Hilfe, vielleicht war der scheinbare Zufall selbst schon ein Glied des revolutionären Anschlags. Rochefort und einer seiner Mitarbeiter an dem Blatte, das er jetzt unter dem Namen der *Marseillaise* herausgab, Paschal Groussset, lagen in einem Federstreit mit dem Prinzen Peter Bonaparte, einem Vetter des Kaisers, dem dritten Sohne Lucians. Dieser lebte in der Vorstadt Auteuil, vermählt mit einer Arbeiterin, ohne Verbindung mit dem Hofe, an dem sein rohes und leidenschaftliches

Ermordung
Bittor Noirs.

Wesen ihn unmöglich machte. Am 10. Januar 1870 erschienen bei ihm unerwartet zwei Republikaner, Viktor Noir und Fonvielle, um ihm eine Herausforderung Groussets zu überbringen. Ein Wortstreit, der sich zwischen ihnen entspann, führte zu Thätlichkeiten, von beiden Seiten griff man zum Revolver, und Noir ward von dem Prinzen erschossen. Kaum war diese Mordthat bekannt geworden, als die Radikalen das Volk aufzuheizen begannen, obgleich Ollivier den Prinzen sofort verhaften ließ. In einem wutschnaubenden Artikel der *Marseillaise* beklagte Rochefort, daß er die Schwäche gehabt zu glauben, ein Bonaparte könne etwas anderes sein als ein Mörder. Französisches Volk, so schloß er, findest du nicht, daß es genug ist? Er bestellte die Menge in öffentlicher Ansprache zu dem Begräbnis Noirs, zu dem Rendezvous, das über die Zukunft der Demokratie entscheiden werde; er verglich in der Kammer die Bonapartes mit den Borgia's und forderte alle Bürger auf die Waffen zu ergreifen um sich selbst Recht zu verschaffen. Wirklich fanden sich an 100 000 Menschen am 12. zu der Beerdigung ein; aber das Ministerium hatte so gute Vorsorge getroffen, daß dem Revolutionär, dessen persönlicher Mut überhaupt für etwas fraglich galt, die Sache bedenklich wurde; er wiegelte ab und es blieb beim Singen der *Marseillaise* und ähnlichen Kundgebungen. Aufgegeben war die Revolte darum nicht und Ollivier beantragte deshalb bei der Kammer die Er-

Rochefort ver-
haftet.

laubnis Rochefort gerichtlich zu verfolgen und erhielt sie auch, als er mit seinem Rücktritt drohte; die gesamte Linke aber, die Favre, Picard, Crémieux, vor allem in unbeschreiblicher Erregung Gambetta, warfen sich zu Vorkämpfern Rocheforts auf. Der Prozeß begann sofort und nachdem das Urteil, das auf sechs Monate Gefängnis lautete, ergangen war, ließ Ollivier den Verurteilten am 8. Februar verhaften. Die achtunggebietenden Vorkehrungen, die er getroffen, hatten während dieser vier Wochen jeden ernsthafteren Versuch zu Ruhestörungen vereitelt; jetzt aber da der äußerste Moment gekommen war, glaubte Flourens, einer der Genossen Rocheforts, alles wagen zu müssen. Er proklamierte den Aufstand und errichtete Barrikaden, fand aber so wenig Unterstützung, daß er, noch ehe es zu erheblichem Blutvergießen gekommen war, sich auf und davon machte.

Neue Ver-
fassungsände-
rung.

Minister-
wechsel.

Das Plebiszit.

Die Kriegs-
partei.

das Recht vor jederzeit an das Volk Berufung einzulegen und es ohne die Mitwirkung der beiden großen Körperschaften über seine Zustimmung zu weiteren Verfassungsänderungen zu befragen: er ließ sich so die Thür offen, durch die er stets zu seinem alten Systeme zurückkehren konnte, und wollte auch gleich die jetzt in Frage kommenden Neuerungen durch Volksabstimmung bestätigt wissen. Zwei der Minister, Daru und Buffet, konnten sich mit diesen Halbheiten nicht befreunden und schieden daher aus dem Kabinett, das erst einige Wochen später durch den Gesandten in Wien, den Herzog von Gramont, als Minister des Auswärtigen, vervollständigt wurde. Die übrigen Minister nahmen die von dem Kaiser gezogenen Grenzen an, und am 20. April genehmigte der Senat die neue Verfassung in 46 Artikeln, die nunmehr dem Volke zur Bestätigung vorgelegt werden sollten. Umfassende Vorbereitungen, ein Aufruf des Kaisers, ein Rundschreiben des Gesamtministeriums, die angestrengteste Thätigkeit der Präfekten, gingen dem großen Tage voraus, an dem die Nation zum viertenmale darüber abstimmen sollte, ob Napoleon der Mann ihres Vertrauens sei. Auch die feindlichen Parteien legten die Hände nicht in den Schoß, und Agitation und Gegenagitation durchwühlten das ganze Land. Der Sieg der Regierung stand allerdings von Anfang an außer Frage, aber mit welchem Stimmenverhältnis sie siege, war für beide Teile doch von höchster Bedeutung: eine so große Mehrheit, wie sie der 8. Mai dem Kaiser brachte, erwartete man wohl von keiner Seite. 7 $\frac{1}{2}$ Million hatten mit Ja, 1 $\frac{1}{2}$ Million mit Nein gestimmt. Unter diesen Nein befanden sich allerdings Stimmen von schwerem Gewicht: in allen großen Städten, mit Ausnahme Straßburgs, waren die Ja in der Minderheit, in Paris wie 11:15. Noch ernster war die Thatsache, daß über 50 000 Soldaten ein Nein abgegeben hatten. Der Schluß, den die Radikalen daraus zogen, daß die Armee zum Abfall reif sei, war freilich sehr voreilig, und die Tumulte, die sie an den folgenden Abenden vor den Kasernen erregten, deren Inassen sie für Gesinnungsgenossen hielten, wurden durch ebendiese Truppen leicht unterdrückt; aber der Gedanke, daß die Armee unzuverlässig werden müsse, wenn ihr nicht durch einen Krieg Beschäftigung gegeben werde, bemächtigte sich auch des Kaisers, und die Berufung Gramonts, der von jeher der Kriegspartei angehört hatte, war ein Zeichen, daß Olliviers Friedensprogramm nicht mehr allein die Herrschaft hatte. Die Hezereien gegen Preußen, die sonst in der Presse an der Tagesordnung gewesen, seit Beginn des Jahres aber seltener geworden waren, begannen wieder sich zu mehren; auch in der Kammer regte sich der Chauvinismus aufs neue und nahm, da es an anderen Vorwänden fehlte, den Bau der Gotthardbahn, der mit deutscher und italienischer Unterstützung soeben begonnen wurde, zum Ausgangspunkte. Eine kriegerische Verwicklung gerade aus diesem Friedenswerke herzuleiten war allerdings unmöglich, aber es kam zunächst auch nur darauf an die Gemüther vorzubereiten und sorglich auf einen geeigneten Streitpunkt zu

achten. Ollivier stand diesen Gedankengängen wohl völlig fern. Er hatte seit 1866 unablässig Freundschaft mit Deutschland gepredigt und sah die innere Lage Frankreichs so hoffnungsvoll an, fühlte sich selbst in der Rolle des Freiheitsspenders so glücklich, daß ihm die Erhaltung des Friedens, die Vorbedingung seiner Wirksamkeit, gewiß am Herzen liegen mußte. Während der Marineminister schon in Cherbourg Erkundigungen über die dortigen Schiffsvorräte einzog, erklärte der Ministerpräsident am 30. Juni 1870 noch mit vollkommener Unbefangeneit, daß der Friede nie weniger bedroht gewesen sei als eben jetzt — genau drei Wochen, ehe die Kriegserklärung in Berlin übergeben wurde. Für den Kaiser aber war die Beschäftigung mit kriegerischen Entwürfen nur eine Wiederaufnahme der Gedankenkreise, die er erst seit wenigen Monaten unterbrochen hatte. Eine große Reihe weit ausgespinnener Fäden hatte er damals fallen lassen; sie wiederzugreifen war nicht schwer, und Gramont, der längst seine Hand dabei im Spiele gehabt, war der richtige Mann dabei behilflich zu sein. Sein mehrjähriger Aufenthalt in Wien gab seinen Urteilen über den Grafen Bray, der soeben in München die Geschäfte übernommen hatte, und über den preußenfeindlichen Geist, der die württembergischen und bayerischen Kammern beherrschte, ein hohes Gewicht; es klang sehr glaublich, wenn er versicherte, daß ein gleich günstiger Zeitpunkt zum Kriege noch nicht dagewesen sei. Österreichs Neigung an Frankreichs Seite gegen Preußen zu kämpfen konnte nach der ganzen bisherigen Politik Beusts nicht zweifelhaft sein, und sein Vorbild war dann sehr geeignet die nationalen Gewissensbedenken der Süddeutschen niederzuschlagen. Im Vertrauen auf diese Allianzen, die so gut wie unfraglich schienen, im Vertrauen auf die von Niel umgestaltete Armee, die Leboeuf für fertig und überfertig zum Kriege erklärte, begann der Kaiser die diplomatischen Intrigen gegen Preußen, die seinen eigenen Sturz und die Vollendung der deutschen Einheit zur Folge haben sollten.

Österreichische Verfassungskämpfe.

Wie feindlich man in Wien auch nach dem Prager Frieden der neuen Ordnung in Deutschland gegenüberstand, war durch die Berufung Beusts unumwunden ausgesprochen. Das glaubte dem leidenschaftlichen Preußenfeinde doch niemand, daß er mit dem Eintritt in den kaiserlichen Dienst sich wirklich von seiner politischen Vergangenheit getrennt habe, wie er das in seinem ersten Rundschreiben am 2. November 1866 erklärte. Wohl aber konnte man nach seiner ganzen Persönlichkeit vermuten, daß er mehr auf geheimen Wegen als durch offenen Angriff seinem Hasse Genugthuung verschaffen werde. Überdies zwang ihn ja nicht allein die Erschöpfung des Kaiserstaates zu großer Zurückhaltung, sondern es lag auch offen zu Tage, daß die dringendste Aufgabe jedes österreichischen Ministeriums die Befriedigung Ungarns sein mußte.

Ungarn. Sehr nahe hatte während des preussischen Krieges die Gefahr gelegen, daß eine Streifschaar Flüchtiger und Verbannter, die sich unter Klapkas Führung in Schlesien sammelte, einen Aufstand unter den Magyaren anfachte; nur den Bedenken, die gegen die Anwendung dieser Kriegswaffe am preussischen Hofe immer wieder laut wurden, war es zu danken, daß sie auch dann nicht mit Entschlossenheit geführt wurde, als ihr Gebrauch prinzipiell beschlossen war. Die versöhnlichen Ungarn, Deat an der Spitze, hatten in den Tagen der Gefahr sich allerdings von jeder verdächtigen Verbindung ehrenhaft ferngehalten; aber sie hatten darum nicht minder laut ihre alten Forderungen erhoben und in den Verhandlungen, zu denen man sie Mitte Juli 1866 nach Wien lud, die Forderung eines eigenen ungarischen Ministeriums als Vorbedingung jeder Verständigung erneuert. In den deutschen Provinzen empfand man unter den Eindrücken des Krieges jetzt lebhafter als vorher die Notwendigkeit der Versöhnung. Vor allem wollte man aber mit der Sistierungspolitik Belcredi's gebrochen sehen; daß dieser zum 19. November alle Landtage einberufen hatte, befriedigte niemanden. Mochte man nun, wie eine Gruppe von Abgeordneten, die sich im Oktober in Wien beriet, streng an dem alten Einheitsprogramm festhalten, oder mochte man, wie andere Versammlungen, die im September in Aussen und im November in Wien stattfanden, dem Dualismus größere Zugeständnisse zu machen bereit sein, in der Verdammung der Sistierungspolitik und der Forderung, daß der engere Reichsrat berufen werden müsse, stimmten alle überein und sprachen das dem Kaiser in den Adressen aus, die alle deutschen Landtage nach ihrem Zusammentritt erließen. In Böhmen freilich und in Galizien waren die slawischen Mehrheiten der gerade entgegengesetzten Ansicht; sie wünschten Beharren auf dem betretenen Wege, auf dem allein sie das Ziel erreichen konnten, als das ihnen ein fünffacher Bundesstaat, aus Deutschen, Nordslawen, Polen und Ruthenen, Magyaren und Siebenbürgen und aus Südslawen zusammengesetzt, vorschwebte. Diese letzteren wollten von der Vereinigung mit Ungarn jetzt gar nichts mehr wissen: der kroatische Landtag brach im Dezember die früher in Pest geführten Verhandlungen völlig ab und verlangte direkte Verständigung mit der Wiener Regierung. Hier lagen Beust und Belcredi, der Verfechter des Dualismus und der Verfechter des Föderalismus, bereits in heftigem Kampfe. Den Ausgleich mit Ungarn hatten beide gemeinsam einleiten können, dann aber trennten sich ihre Wege. Als der Bester Reichstag am 19. November 1866 zusammentrat, verkündigte ihm ein kaiserliches Schreiben, daß der Monarch entschlossen sei durch Ernennung eines verantwortlichen Ministeriums und Wiederherstellung der Komitate die Ansprüche des Landes zu befriedigen; als gemeinsame Angelegenheiten der Gesamtmonarchie bezeichnete es das Heer, das Zollwesen, die Monopole und indirekten Steuern sowie die Staatsschulden; das Land stehe an der Schwelle der Erfüllung seiner Wünsche; der Reichstag möge mit Unbefangtheit diese Vorschläge

Die Deutsch-
Österreicher.

Die Slawen.

Die Verhand-
lungen mit
Ungarn.

prüfen und den Mahnruf der Zeit nicht überhören. Die Linke, von Tisza geführt, wollte freilich auch in diesen Anerbietungen noch keine Grundlage zu Verhandlungen erkennen; sie stand unbedingt zu den Gesetzen von 1848, vor deren Bestätigung sie zu keinerlei Versprechungen zu bewegen war. Deak hingegen und mit ihm die Mehrheit gab in einer Adresse vom 15. Dezember die Erklärung ab, daß der Reichstag, sobald die Verfassung wiederhergestellt sei, die kaiserlichen Forderungen berücksichtigen werde. Ging man in Wien auf diesen Antrag ein, so war die Februarverfassung beseitigt; aber es blieb eine offene Frage, ob an ihre Stelle der Beust'sche Dualismus oder der Belcredi'sche Föderalismus treten sollte. Den Dualismus konnte man bei der Stimmung, die jetzt in den deutschen Ländern herrschte, auf dem engeren Reichsrat, dessen Mehrheit ja deutsch war, durchsetzen; sollte aber der Föderalismus verwirklicht werden, so bedurfte man eines außerordentlichen Reichsrates, in dem durch Einwirkung der Regierung künstlich eine slawische Majorität zuwege zu bringen war. Bei der Entscheidung über diesen doppelten Weg behielt Belcredi noch einmal den Sieg; am 2. Januar 1867 löste ein kaiserliches Patent alle Landtage auf, schrieb Neuwahlen aus und ordnete an, daß die so neu gebildeten Landtage (in welcher Art, das wurde ihnen freigelassen) Abgeordnete zu einem außerordentlichen Reichstag wählen sollten, der auf den 25. Februar einberufen wurde. Dagegen erhoben nun die deutschen Provinzen heftig Protest; zahlreiche Versammlungen beschloßen auf den Landtagen nicht zu dem außerordentlichen, sondern zu dem ordentlichen Reichsrat zu wählen, und wenn in Böhmen, Mähren, Krain, Galizien und Tirol auch die Föderalisten siegten, so ernannten dagegen die übrigen Provinzen fast nur solche Abgeordnete, die entschlossen waren in den außerordentlichen Reichsrat nicht einzutreten. Es ließ sich also keine vollzählige Beschiebung desselben erwarten, und doch war diese dringend zu wünschen, da die Verhandlungen, die Graf Andrássy namens der Deak-Partei in Wien führte, den Ausgleich mit Ungarn in nahe Aussicht stellten und man bei Beendigung derselben einer gesetzlichen und vollständigen Vertretung der westlichen Reichshälfte bedurfte um ihr den Ausgleich zur Bestätigung vorzulegen. Beust verlangte daher mit Entschiedenheit, daß der Kaiser den außerordentlichen Reichsrat fallen lasse, die Sistierungsperiode für beendet erkläre und auf Grund der Februarverfassung den ordentlichen Reichsrat berufe um diesem die Verfassungsänderungen vorzulegen, die durch den Ausgleich mit Ungarn nötig würden. Der Entschluß des Kaisers diesen Weg einzuschlagen zwang Belcredi zum Rücktritt; am 7. Februar übernahm Beust an seiner Stelle den Vorsitz im Ministerium und am 18. wurde die Berufung des ordentlichen Reichsrats auf den 18. März angekündigt. In der Zwischenzeit war die volle Verständigung mit den Ungarn erzielt. Deak selbst begab sich nach Wien, und unter seiner Leitung wurden die letzten Schwierigkeiten geebnet. Den Eintritt ins Ministerium lehnte er ab: Andrássy ward mit der Bildung desselben betraut, und am 20. Februar 1867

Beust und
Belcredi.Auflösung der
Landtage.Belcredi's
Rücktritt.Ministerium
Andrássy.

ward die Liste des neuen Kabinetts veröffentlicht, auf der Götvös, Lonyay, Wenckheim, Festetics die bekanntesten Namen waren.

Die Krönung
in Ofen.

Auch mit dem ungarischen Reichstage wurde alles weitere nun leicht geordnet; er begrüßte die neuen Minister mit lautem Hochruf, bewilligte ihnen im März gegen verschwindende Minderheiten die Steuern für das Jahr 1867 und die Aushebung von 48 000 Rekruten und genehmigte im Mai sechs Vorlagen zur Abänderung der Gesetze von 1848; nachdem dann auch die Abdankung des Kaisers Ferdinand und die Thronbesteigung Franz Josefs förmlich anerkannt war, wurde am 8. Juni 1867 die Krönung in Ofen feierlich vollzogen. Eine umfassende Begnadigung aller derer, die den neuen Rechtszustand anerkennen wollten, und der glückliche Entschluß des Kaisers, die 100 000 Dukaten, welche ihm nach alter Sitte als Krönungsgeschenk dargebracht wurden, für die Invaliden der aufständischen ungarischen Armee von 1848 und die Hinterbliebenen der damals Gefallenen zu bestimmen, veröhnte die Gemüther vollends. Daß alle Flüchtlinge mit Ausnahme Kossuths, daß selbst Männer wie Klapka und Perczel die Begnadigung annahmen, war der schönste Erfolg, den der Kaiser sich wünschen konnte.

Die Reichstags-
wahlen.

Schwierigkeiten genug gab es freilich auch jetzt noch zu überwinden; vor allem galt es mit den tieferbitterten Slawen fertig zu werden. Den ordentlichen Reichsrat der westlichen Länder zum 18. März zu berufen hatte sich bald als unmöglich erwiesen. Die deutschen Provinzen außer Tirol nahmen allerdings die Wahlen ihrer Abgeordneten unter dankbarer Anerkennung des vollzogenen Umschwunges vor; auch in Tirol und Galizien fügte man sich, wenngleich mit Murren; aber in Böhmen, Mähren, Krain verweigerten die slawischen Mehrheiten die Wahl oder richteten klagende Adressen an den Kaiser. Die Antwort darauf war die sofortige Auflösung der widerstrebenden Landtage und der Kaiser selbst benutzte jedes Mittel persönlichen Einflusses um die sogleich angeordneten Neuwahlen im Sinne des Ministeriums zu lenken. Nur in Krain mißlang das; in Böhmen und Mähren dagegen fand sich eine deutsche Mehrheit zusammen und nahm unbeirrt durch das ungeberdige Auftreten der Tschechen die Reichstagswahlen vor, wobei sie rücksichtsvoll genug auch der Minderheit eine angemessene Vertretung gewährte. Als dies geschehen war, wurde am 22. Mai der Reichsrat vom Kaiser eröffnet.

Verhalten der
Slawen.

Es lag keineswegs in der Absicht des Ministeriums den einzelnen Provinzen, besonders den slawischen, dasjenige Maß von Selbständigkeit zu verkümmern, welches mit der Aufrechterhaltung des dualistischen Prinzips vereinbar war. Die unzweideutige Erklärung, welche die Thronrede in dieser Beziehung abgab, wurde denn auch von den Polen gut aufgenommen, und sie versprachen ihre Unterstützung, wenn ihnen ein besonderer Minister für Galizien, polnische Amtssprache, polnische Schulen und ein polnischer Unterrichtsrat zugesichert würden; die Slowenen folgten diesem Beispiele, und beiden wurden ihre Forderungen im wesent-

lichen zugesagt; die Tschechen hingegen enthielten sich trotzig der Teilnahme am Reichsrat, so daß ihre Siege einige Wochen später für erledigt erklärt werden mußten. Ungarn gegenüber zeigte sich der Reichsrat schon in den Adressen, welche beide Häuser auf die Thronrede erließen, zur Verständigung bereit, und die Entsendung von Deputationen zu der Krönungsfeierlichkeit war eine direkte Bestätigung des Ausgleichs. Um die Bedingungen desselben im einzelnen zu regeln wurden dann in Wien und Pest je 15 Abgeordnete gewählt, die eine Vorlage über das Verhältnis der beiden Reichshälften ausarbeiten sollten; Graf Beust aber, der unzweifelhaft an dem glücklichen Verlauf dieser Entwicklung das größte Verdienst hatte, wurde am 30. Juni 1867 zum Reichskanzler ernannt. Ihm zur Seite standen u. a. Graf Taaffe für das Innere, Becke für die Finanzen, John für den Krieg. Offenbar mußte jetzt eine Scheidung im Ministerium vorgenommen werden; Krieg, Finanzen, Auswärtiges waren gemeinsame Angelegenheiten des ganzen Reichs; der übrigen Verwaltungszweige aber erstreckten sich nur auf die cisleithanischen Länder. Die Bemühungen Beusts eine solche Scheidung zu vollziehen scheiterten jedoch fürerst noch daran, daß die Abgeordneten, denen er die Ministerposten anbot, sich nicht auf alle Bestimmungen des Ausgleichs, wie er ihn den Ungarn zugesagt hatte, verpflichten wollten. Ehe das cisleithanische Ministerium ernannt werden konnte, mußte also das Ergebnis der Delegationsverhandlungen abgewartet werden. Sie begannen am 7. August in Wien und nahmen einen sehr langsamen Verlauf; nur mit Mühe waren die Ungarn dahin zu bringen ihren Beitrag zu den gemeinsamen Ausgaben für Heerwesen und Diplomatie für die nächsten zehn Jahre von 25 auf 30 Prozent der Gesamtsumme zu erhöhen; von den Staatsschulden, die der Finanzminister auf etwas über 3 Milliarden Gulden mit einer Verzinsung und Tilgung von 150 Millionen angab, wollten sie noch weniger hören: alles, was sie bewilligten, war ein fester Beitrag von 30 $\frac{1}{4}$ Million jährlich, also 20 Prozent der Ausgaben. Am 26. September wurden diese Abmachungen von beiden Delegationen endgültig angenommen; sie sollten als unteilbares Ganze gelten und überdies noch durch den Abschluß eines Zoll- und Handelsbündnisses bedingt sein, das gleichfalls für zehn Jahre geschlossen wurde und auf das engste mit den Bestimmungen über die Beitragspflicht zusammenhing, da die gemeinsamen Zölle in erster Linie für die militärischen und diplomatischen Ausgaben verwendet und nur der durch sie nicht gedeckte Rest nach dem Verhältnis von 30 und 70 verteilt werden sollte. In beiden Reichshälften genehmigten im Dezember die Volksvertretungen diese Vorlagen, so daß der Kaiser sie zum Weihnachtsfeste bestätigen und Beust, Becke und John (den aber schon nach 14 Tagen der Feldmarschallleutnant Kuhn ersetzte) zu Reichsministern ernennen konnte. Bis zu demselben Zeitpunkt war auch die Durchsicht der Februarverfassung vollendet; vier besondere Staatsgrundgesetze stellten die allgemeinen Rechte der Staatsbürger fest, ordneten die Ausübung der Regierungs- und der richter-

Der Ausgleich
mit Ungarn.

Das gemein-
schaftliche Mi-
nisterium.

Das österrei-
chische Ministe-
rium.

lichen Gewalt und begründeten einen Staatsgerichtshof; ein anderes Gesetz, gleich den übrigen vom 21. Dezember datiert, regelte die Befugnisse und die Zusammensetzung der Delegationen. Beide bestanden aus je 60 Mitgliedern, 20 aus dem Ober-, 40 aus dem Unterhause; unter den letzteren mußten sich für Cisleithanien 10 Böhmen, 7 Polen, 4 Mähren und so im Verhältnis eine bestimmte Anzahl von Vertretern jedes einzelnen Kronlandes befinden, so daß dadurch den Föderalisten eine gewisse Genugthuung bereitet wurde. Den Abschluß dieser Gesetzgebung bildete die Ernennung des cisleithanischen Ministeriums, das unter dem Vorsitz des Grafen Carlos Auersperg aus den Grafen Taaffe und Potocki, dem Edlen von Plener und den Doktoren Giskra, Hasner, Herbst, Berger und Brestel bestand — eine Zusammensetzung, die ihm den Beinamen des Doktoren- oder des Bürgerministeriums eintrug.

Siebenbürgen.

Die Aufgabe, welche diese Männer zu lösen hatten, war weitaus schwieriger als die der ungarischen Minister. Wohl lag auch diesen noch die Pflicht ob in ihrer Reichshälfte das Verhältnis zu Kroatien und Siebenbürgen zu ordnen; aber das war eine Kleinigkeit verglichen mit dem Widerstande, der in Böhmen und anderen Kronländern der westlichen Hälfte zu brechen war. In Siebenbürgen gestattete der Kaiser dem magyarischen Ministerium völlig freies Spiel; die Einverleibung des Landes in Ungarn wurde am 1. Dezember 1868 durch den Reichstag beschlossen, die Regierung in Klausenburg aufgehoben, die Ernennung des sächsischen Nationsgrafen und die Bestätigung der Wahlen zu der Nationsvertretung (Universität) nach Pest verlegt. Daß über diese Behandlung ein tiefer Unwille unter den Sachsen herrschte, machte den Magyaren wenig Sorge; sie waren sicher, daß die Deutschösterreicher sich, wie die Verhältnisse einmal lagen, der Landsleute doch nicht würden annehmen können und wollen. Mit den Kroaten kam man noch viel besser zustande. Der widerspenstige Landtag, der sich geweigert hatte zu der Krönung des ungarischen Königs Abgeordnete nach Pest zu senden, wurde aufgelöst und die Neuwahlen ergaben dank einer willkürlichen Änderung des Wahlgesetzes eine ganz andere Mehrheit. Nun begannen neue Verhandlungen mit dem Pester Reichstage, und am 21. Juli 1868 einigte man sich dahin, daß die Kroaten 45 Prozent ihrer Landeseinnahmen, mindestens aber $2\frac{1}{5}$ Million Gulden für eigene Zwecke behielten, 29 Abgeordnete in das Unterhaus, zwei Magnaten (außer den persönlich berechtigten) in das Oberhaus schickten und in dem ungarischen Ministerium einen besonderen Minister für Kroatien erhielten. Diesen Abmachungen gab der Kaiser am 19. November seine Bestätigung und lehnte nur den Wunsch ab, das kroatisch-slawonische Königreich durch Einverleibung der Militärgrenze und Dalmatiens zu vergrößern. Die nationale Partei war über diesen Ausgang zwar äußerst erbittert, hatte aber nicht die Macht sich den neuen Zuständen zu widersetzen, und die transleithanische Reichshälfte genoß daher fortan einer gesetzlichen Ordnung, von der die cisleithanische noch weit entfernt war.

Kroatien.

Die Ultra-
montanen.

Hier gährte es vielmehr an allen Ecken und Enden, und neben der nationalen Opposition, vielfach auch mit ihr verflochten, machte sich ein heftiger Widerstand des Klerus bemerklich. Das neue Ministerium bestand aus Männern, die im Kampfe gegen das Konkordat die vorderste Reihe gebildet hatten. Sie teilten allerdings nicht die Ansicht des ungestümen Mühlfeld, der seinen Antrag von 1862 im Juli 1867 wieder aufgenommen hatte und unter ausdrücklicher Lossagung vom Konkordate ein umfassendes Religionsgesetz durchführen wollte. Aber noch weniger billigten sie das Verfahren des letzten Kultusministers Hye, der ohne Verhandlungen mit der Kurie die kirchliche Gesetzgebung nicht glaubte umgestalten zu dürfen. Herbst, der nunmehrige Justizminister (er war bisher Professor der Rechte in Prag gewesen), hatte demgegenüber im Juli 1867 mit 70 Genossen den Erlaß dreier Gesetze: über das Ehe-recht, das Verhältnis der Schule zur Kirche und die Gleichstellung aller Bekenntnisse gefordert; diesem Antrage entsprechend war ein Ausschuß niedergesetzt, der ohne Mitwirkung der Regierung die bezüglichen Vor-lagen ausgearbeitet hatte; waren diese zum Teil schon vom Reichstage angenommen, so betrieb Herbst die Sache als Minister natürlich noch eifriger, und nach aufgeregten Debatten, besonders im Oberhause, konn-ten alle drei Gesetze am 25. Mai vom Kaiser veröffentlicht werden. Die klerikale Partei schäumte darüber vor Wut. Von dem Augenblick an, wo das Rütteln am Konkordate begann, hatten die Bischöfe kein Mittel der Gegenwehr unbenutzt gelassen. Ihr erster Schritt war eine Adresse an den Kaiser gewesen, in der die 25 cisleithanischen Bischöfe am 28. September 1867 im Namen von 17 Millionen Katholiken den Monarchen um Schutz des bestehenden Rechtes anflehten. Allein sie riefen dadurch nur eine stürmische Gegenbewegung hervor, zu welcher der Wiener Gemeinderat den Anstoß gab, und der Kaiser antwortete ihnen in einem Handschreiben an den Kardinal Rauscher in milden aber festen Worten, daß er nicht allein die Kirche zu schirmen, sondern auch die Pflichten eines konstitutionellen Herrschers zu erfüllen habe. Als darauf Giskra als Minister des Inneren gegen die priesterlichen Hezereien in Steiermark und Oberösterreich einen strengen Erlaß ver-öffentlichte, kündigte der Heißsporn unter den Bischöfen, Rudigier von Vinz, am 9. März 1868 feierlich an, daß er den Staatsgesetzen nur soweit gehorchen werde, wie sie nach dem Maßstabe der katholischen Kirchen-lehre den göttlichen Satzungen nicht widersprüchen. Seinem Vorgange folgten nach dem Erlaß der Gesetze auch die anderen Bischöfe, ermutigt vom Papste, der durch seinen Nuntius Protest gegen den Bruch des Konkordates erhob und am 22. Juni in einer Ansprache an die Kar-di-näle unter bitteren Klagen über die unselige österreichische Verfassung diese drei abscheulichen, verwerfens- und verdammenswerten Gesetze für gänzlich nichtig und immerdar ungültig erklärte. Die öffentliche Mei-nung, wiederum geführt von dem Wiener Gemeinderat, wies ebenso kräftig wie eine Note Beusts vom 3. Juli die Anmaßung zurück, daß

Die Kurie.

der Papst sich auch über die Verfassung ein so feindseliges Urtheil erlaubt habe; auch wurde das Kriegsschiff abberufen, das bisher in Civita vecchia zu seinem Schutze gelegen hatte. Die Bischöfe aber setzten ihren Widerstand fort, indem sie sich weigerten die Eheakten den weltlichen Gerichten auszuliefern oder die Kirchhöfe für die Beerdigung von „Civilehegatten“ oder „Civilehekindern“ zu öffnen. Daß der Justizminister die Gerichte anwies durch Geldstrafen die widerspenstigen Prälaten zu zwingen, schien anfangs ohne Wirkung zu bleiben. Aber als man beispielsweise beim Olmüzer Fürstbischof die Strassumme von 20 000 Gulden erreicht hatte, hielt er es doch für geraten den Widerstand aufzugeben, und seine Amtsbrüder machten es, der eine früher der andere später, ebenso. Der hartnäckigste war wiederum der Bischof von Linz. Sein Hirtenbrief über die Maigesetze hatte die Regierung mit so schweren Beleidigungen überhäuft, daß der Staatsanwalt dagegen einschritt, und da der Angeklagte durch alle möglichen Einwendungen die Entscheidung zu verschleppen suchte und sich weigerte vor den Geschworenen zu erscheinen, ihn durch die Polizei gewaltsam vorzuführen ließ. Die Gefängnisstrafe, zu der er am 12. Juli 1869 verurteilt wurde, schlug der Kaiser jedoch nieder, ohne daß er darum nachzusuchen brauchte, ein neuer Beweis, wie schwer dem gutkatholischen Fürsten jeder Schritt wurde, der ihm von Rom aus Tadel zuzog.

Die Finanzen. Diese Gemütsstimmung des Kaisers machte es auch von vornherein unmöglich die verzweifelte Finanzlage des Staates durch die Einziehung der Kirchengüter zu verbessern. Außer diesem Mittel gab es aber keinen anderen Weg als die eigenmächtige Herabsetzung der Zinsen der Staatsschuld. Auch das Ministerium war dieser Maßregel nicht abgeneigt, doch widersetzte es sich den Anträgen des Finanzausschusses, der im Juni 1868 eine Verminderung der Zinsen um den vierten Teil erzwingen wollte, und erreichte durch die Drohung mit seinem Rücktritt, daß man sich mit einer 16prozentigen Steuer auf die Coupons begnügte, die allerdings immer noch einem wenig verhüllten Staatsbankerott gleichkam.

Böhmen. Noch größere Not als die Finanzen und der Widerstand des Klerus schufen der Regierung die nationalen Parteien in den Landtagen. Den höchsten Grad erreichte die Gärung in Böhmen, wo sich die Tschechen an Straßentumulten und blutigen Zusammenstößen, an Kundgebungen des Deutschenhasses und Buhlerei mit den Feinden des Kaiserstaates gar nicht genug thun konnten. Allerdings waren sie unter sich selbst nicht mehr ganz einig; die sog. Jungtschechen, deren bedeutendster Führer Sladkowsky war, mißbilligten das Zusammengehen mit der klerikalen Aristokratie, den Thun, Clam-Martiniß und Schwarzenberg, während Palachy und Kieger, die alten Häupter der Partei, sich eng mit diesen verbanden; allein den Deutschen gegenüber hielten beide Gruppen trotzdem fest zusammen. Ein Versuch des Kaisers bei einer Reise nach Prag im Juni 1868 durch Auersperg und Beust eine Annäherung einzuleiten, scheiterte völlig und führte nur zu Mißhelligkeiten

zwischen den beiden Ministern. Bei der Eröffnung des Landtags im August blieben sämtliche Tschechen aus und ließen den Deutschen, die übrigens eine beschlußfähige Mehrheit bildeten, eine Deklaration übergeben, durch die sie den ganzen bestehenden Rechtszustand anfochten, die Vereinigung Böhmens mit Mähren und Schlesien forderten und die bloße Personalunion dieser Länder mit dem übrigen Reiche als ihr historisches Recht verlangten. Genau denselben Schritt that die Partei auch in Mähren; in Schlesien dagegen verfügte sie nur über eine Stimme, und der Landtag verwahrte sich im September ausdrücklich dagegen Schlesien als Anhängsel der Wenzelskrone behandeln zu lassen. Die Regierung schritt gegen Unbotmäßigkeit und offene Auflehnung mit großer Strenge ein; aber sie erzielte dadurch weder eine Beruhigung der Gemüther (noch) einen besseren Ausfall der Wahlen; von den 81 ausgetretenen Deklaranten wurden vielmehr im September des nächsten Jahres 80 wiedergewählt und von einem Einlenken oder Ermatten der Opposition war nichts zu bemerken.

Nicht besser stand es in Galizien. Hier hatte der Landtag von Galizien. 1867 Delegierte zum Reichsrate gewählt, die in der Voraussetzung, daß ihnen ihre nationalen Forderungen würden erfüllt werden, das Ministerium unterstützten. Ein Antrag Smolkas auf dem Landtage von 1868 die Deputierten wiederzurückzurufen, wurde am 24. September mit großer Mehrheit abgelehnt, dagegen eine Adresse an den Kaiser beschlossen, die eine ausgedehnte Selbständigkeit für das Königreich forderte. Da in den Verhandlungen wurde die Hoffnung und der Wunsch sich dereinst wieder von Oesterreich zu trennen ganz offen ausgesprochen, und selbst der Statthalter Goluchowski wagte auf eine vielleicht nebelhafte, aber doch mögliche Zukunft hinzudeuten, die man sich nicht verrammeln dürfe. Das geschah in dem Augenblicke, wo bereits Vorkehrungen zum Empfange des Kaiserpaares getroffen wurden, das dem Lande einen längst versprochenen Besuch abstatten wollte. Kaum hatte Franz Josef am 26. September telegraphisch von diesen Vorgängen Kunde erhalten, als er ohne seine Minister zu befragen von Steiermark aus, wo er eben jagte, die Reise abbestellen ließ. Fürst Auersperg, der seines Amtes längst überdrüssig war, entnahm daraus den Anlaß von seinem Posten zurückzutreten und wurde vorläufig durch Graf Taaffe ersetzt; auch Goluchowski, der persönlich nach Wien eilte um den Kaiser umzustimmen, erhielt, nachdem ihm dies mißlungen, die erbetene Entlassung.

In den reindeutschen Landtagen fand das Ministerium überall die wünschenswerte Unterstützung, außer in Tirol, dessen Klerikale, von dem Vater Greuter geführt, nach wie vor die Verfassung für unvereinbar mit ihren Landesrechten erklärten. Sehr feindlich waren außerdem die Slowenen gesinnt, die in Krain die Mehrheit hatten; sie kamen zwar nicht dazu ihre Forderung eines slowenischen Königreichs, das sich aus Krain, Kroatien, dem Küstenlande und Teilen von Steiermark zusammensetzen sollte, zum Beschluß zu erheben, brachten aber ihre Wünsche

Die übrigen Kronländer.

auf einer großen Versammlung in Görz zum Ausdruck. Eine bewaffnete Empörung endlich brach Ende 1869 in Dalmatien aus, allerdings nicht aus nationalen Gründen, sondern weil sich die Bocchesen nicht der allgemeinen Wehrpflicht unterwerfen wollten. Nach mehrwöchentlichen, ziemlich erfolglosen Kämpfen entschloß sich die Regierung es mit Güte zu versuchen und bewog in der That noch im Dezember die Aufständischen durch Geldzahlung und Amnestie zur Unterwerfung.

Zwiespalt im
Ministerium.

So war in der westlichen Reichshälfte Verwirrung und Hader in erschreckendem Maße verbreitet, und das Doktorenministerium stand diesem Wirrwar ratlos gegenüber. Man konnte nicht länger den ganzen Verfassungszustand des Landes in der Schwebe lassen, man mußte auf Schritte sinnen um den engeren Reichsrat wirklich zum Organe aller der Länder zu machen, die er vertreten sollte; aber man konnte diesen Fragen doch auch nicht näher treten ohne die Einigkeit inmitten des Ministeriums zu zerstören. Die Mehrheit des Kabinetts war der Ansicht, daß man die Bescheidung des Reichsrats aus den widerstrebenden Ländern dadurch erzwingen müsse, daß man den Landtagen das Wahlrecht nehme und es den Bevölkerungen übertrage; kamen dann auch nur Minderheitswahlen zustande, so hatte man doch eine gesetzliche Vertretung und mochte mit dieser über Verfassungsänderungen beraten um die nationale Opposition zu beschwichtigen. Diese Ansicht vertraten fünf Minister: Plener, Giskra, Herbst, Hasner und Brestl; sie entwickelten sie dem Kaiser in einem Gutachten vom 18. Dezember 1869. Taaffe, Potocki und Berger setzten dagegen in einer Denkschrift vom 26. Dezember auseinander, daß durch die Anordnung direkter Wahlen die Lage nur scheinbar gebessert werde; daß man eine aufrichtige Versöhnung nur durch Berufung eines besonderen Reichsrates, dem keine andere Aufgabe gestellt werde als die Anbahnung eines Ausgleiches, erreichen könne; daß ausgedehnte Zugeständnisse an die Tschechen, Polen, Slowenen unerlässlich seien. Zwischen beiden Gruppen mußte der Kaiser wählen. Die Zustimmung des Reichsrats zu dem Programme der Mehrheit entschied deren Sieg. Taaffe, Potocki und Berger wurden am 1. Februar 1870 entlassen und Hasner übernahm den Vorsitz in dem Kabinett, das durch den General von Wagner, Stremayr und Vanhans ergänzt wurde. Aber von langer Dauer war dieses Übergewicht der Verfassungspartei nicht. Der Kaiser war persönlich sehr für den Versuch eines Ausgleiches mit den Tschechen eingenommen und Graf Beust entwickelte eine rege Thätigkeit in demselben Sinne, obgleich dieselbe gar nicht in dem Bereich seiner Amtsgeschäfte lag. Giskra sah sich dadurch veranlaßt Kieger und Stadkowski zu Unterhandlungen nach Wien einzuladen; aber er bekam eine abschlägige Antwort. Um so dringender betrieb er nun die Änderung des Wahlgesetzes. Allein auch dabei stieß er auf Widerstand, und nicht nur beim Kaiser, sondern auch bei seinen Kollegen, welche die Angelegenheit bis zur nächsten Session vertagen wollten. Er forderte deshalb am 20. März 1870 seine Entlassung und erhielt sie, aber

Rücktritt der
Minderheit.

Rücktritt
Giskras.

wenige Tage später war es auch mit den übrigen Mitgliedern des Kabinetts vorbei. Die Polen im Reichsrat spielten ihre letzte Karte aus, die sie so lange zurückgehalten: sie erklärten am 31. März ihren Austritt, und die Slowenen folgten ihrem Beispiel. Damit war der Reichsrat zu einem Kumpfparlamente geworden, das fast nur noch aus Deutschen bestand und kaum beschlußfähig war. Gleichwohl verweigerte der Kaiser seine Einwilligung zur Auflösung der Landtage, die doch notwendig erfolgen mußte, wenn man nicht dieselben Abgeordneten wiedergewählt und die Austrittserklärungen binnen kurzem wiederholt sehen wollte. Er berief Potocki am 4. April zur Bildung eines neuen Ministeriums, in das neben dem Grafen Taaffe nur untergeordnete Persönlichkeiten eintraten, und überließ ihm die Sorge einen neuen Versuch zur Begütigung der Polen und Tschechen zu unternehmen.

Ministerium
Potocki.

Potocki hätte gern einen Teil der Deutschen auf seine Seite gezogen und machte deshalb Rechbauer, der stets für ausgedehnte Selbständigkeit der Provinzen gesprochen hatte, den Antrag in das Kabinett zu treten. Aber die Forderungen, welche dieser stellte und die der Kaiser schriftlich genehmigen sollte, überschritten weit das Maß der Zugeständnisse, zu denen der Monarch bereit war. Überdies wollte Rechbauer den verfassungsmäßigen Weg nicht verlassen, insonderheit also nicht die Berufung eines außerordentlichen Reichsrates zugeben. Auf der anderen Seite ließen sich aber die Tschechen, mit deren Führern Potocki in Wien und Prag verhandelte, nicht einmal dazu herbei die Beschickung eines solchen außerordentlichen Reichsrates zu versprechen, und die Polen, die sich in diesem Punkte nachgiebig erwiesen, beharrten doch auf allen ihren Forderungen von 1868, so daß auch mit ihnen die Verständigung in weiter Ferne lag. Potocki erreichte nun beim Kaiser Ende Mai die Auflösung des Reichsrats und sämtlicher Landtage; als die letzteren dann aber im August und September neugewählt zusammentraten, war die Mehrheit der von ihnen ernannten Reichstagsmitglieder dem Ministerium entschieden feindlich. Der böhmische Landtag wies sogar eine starke tschechische Mehrheit auf und verweigerte schlechthin die Entsendung von Abgeordneten; auch die direkten Wahlen, die darauf angeordnet wurden, hatten nur ein mißliches Ergebnis: 24 Deutsche traten in den Reichsrat ein und verhalfen der Verfassungspartei zu einer knappen Mehrheit; 36 Tschechen aber erneuerten die Deklaration von 1868 und legten ihr Mandat sodann nieder. Potocki befand sich somit in einer ganz unhaltbaren Stellung, und als Herren- und Abgeordnetenhaus Mitte November sich in Adressen an den Kaiser rückhaltlos gegen die Versuche eines Ausgleiches zwischen Gegensätzen, die doch unvereinbar seien, ausgesprochen hatten, bat er unter gleichzeitiger Vertagung des Reichsrats am 23. November um seine Entlassung. Beinahe ein Vierteljahr blieb dies Gesuch in der Schwebe: es war eine entscheidende Wahl, die der Kaiser zu treffen hatte. Die Erhaltung des Dualismus mit Hilfe der verfassungstreuen deutschen Reichstagsmehrheit — oder

Der außer-
ordentliche
Reichsrat.

Potockis
Rücktritt.

Ministerium
Hohenwart.

die Umgestaltung Österreichs in einen lockeren Bundesstaat mit Hilfe der Tschechen und Polen: ein Drittes gab es nicht. Am 4. Februar 1871 fiel die Entscheidung. An Potockis Stelle wurde Graf Hohenwart berufen und dieser bildete ein Ministerium aus Männern, deren keiner dem Reichsrate angehörte: der vormalige Tübinger Professor Schäffle, ein Volkswirtschaftslehrer von sozialistischer Färbung, den sein Preußenhaß selbst in seiner schwäbischen Heimat unmöglich gemacht hatte, zwei Tschechen, Habietinek und Fireček, der bisherige Finanzminister von Holzgethan und ein Generalmajor von Scholl waren die Mitglieder des neuen Kabinetts; am 11. April trat zu ihnen noch der Pole Grocholski. Einen rechtswidrigen Bruch der Verfassung wollte doch auch dieses Ministerium nicht; aber es beabsichtigte Vorlagen zu machen, welche die Forderungen der nationalen Opposition befriedigen und die Verfassung umgestalten sollten; es gedachte die Befugnisse der Landtage auf Kosten des Reichsrates zu erweitern und wagte für diese Politik, die Hohenwart eine echt österreichische nannte, die Unterstützung der Deutschen in Anspruch zu nehmen, derselben Deutschen, denen man ihre freudige Teilnahme an den Siegen über Frankreich amtlich als Inloyalität vorwarf.

Ausgleich mit
Galizien.

Diese Hoffnung wurde allerdings schnell genug enttäuscht. Wie Schmerling als Präsident des Herrenhauses die Ankündigung des neuen Ministeriums mit einer förmlichen Kriegserklärung beantwortete, so zerlegte im Abgeordnetenhaus Herbst als Berichterstatter den ersten Gesetzesentwurf der Regierung, der die legislativen Befugnisse der 17 Landtage auf Kosten des Reichstags erweitern sollte, dergestalt daß er mit einer Mehrheit von 30 Stimmen am 4. Mai abgelehnt wurde. Dennoch hielt Hohenwart stand und legte einen Ausgleich mit Galizien vor, der diesem Lande eine ausgedehnte Selbständigkeit gab, zugleich aber seinen Vertretern im Reichsrate das Recht beließ in den Angelegenheiten der anderen Provinzen mitzustimmen. Ganz unverhohlen gab er zu erkennen, daß er ein ebensolches Abkommen mit den Tschechen zu schließen bereit sei, so daß also die slawischen Stämme nicht allein ihre eigenen Angelegenheiten unabhängig in den Landtagen würden geordnet, sondern überdies noch durch ihre Mehrheit im Reichsrat den deutschen Provinzen ihr Gesetz würden auferlegt haben, sofern diese letzteren unter solchen Umständen nicht lieber auf die Existenz eines Reichsrates verzichteten. Bei der Kundgebung dieser Pläne beschloß das Haus sich in einer von Herbst entworfenen Adresse an den Kaiser zu wenden; als dieser aber beim Empfange derselben am 30. Mai sein volles Vertrauen zu dem Ministerium aussprach und nun der Reichstagsmehrheit kein anderes Mittel als die Verweigerung des Budgets übrigblieb, da versagte einigen Abgeordneten doch der Mut: sie enthielten sich der Abstimmung oder legten ihre Mandate nieder, und mit 77 gegen 66 Stimmen wurde Herbsts Antrag die Budgetberatung zu vertagen abgelehnt. Raum war dieselbe zu Ende geführt, so wurde der

Klagen der
Deutschen.

Reichsrat am 10. Juli vertagt und der Ausgleich mit den Tschechen ernstlich in Angriff genommen.

Am 5. August empfing der Kaiser die Tschechenführer Rieger und Clam-Martinič in langer Audienz und erhielt ihr Versprechen Hohenwart zu unterstützen. Den Weg, den dieser einschlagen wollte, bestand darin, daß zunächst die sieben verfassungstreuen Landtage aufgelöst wurden, während die föderalistisch gesinnten bis auf den Tiroler, den man aus anderen Gründen zu erneuern wünschte, in Thätigkeit blieben. Durch starke Beeinflussung der Wahlen hoffte man weiter auch in einigen der deutschen oder der gemischten Länder regierungsfreundliche Mehrheiten zustande zu bringen, eine Erwartung die in Oberösterreich und Mähren glänzend in Erfüllung ging. Infolge davon zählte der nunmehr in Aussicht stehende Reichsrat unter 203 Mitgliedern nur 66 verfassungstreue und die Regierung verfügte über die Zweidrittelmehrheit, die zu Verfassungsänderungen erforderlich war, vorausgesetzt daß die Tschechen sich für dies eine Mal zum Eintritt in den Reichsrat bequemten; und dazu waren sie in der That willig, wenn der Kaiser ihrem Landtage vorher die Gewährung der Deklarationsforderungen zusagte. Den ersten Schritt dazu that Franz Josef in dem Schreiben, mit welchem der böhmische Landtag am 12. September eröffnet wurde; er erkannte darin die Rechte des Königreichs Böhmen an und versprach sie in einem Krönungsseide zu bekräftigen. Der Landtag machte sich darauf unter Protest der deutschen Minderheit, die sich jeder Teilnahme enthielt, sofort an den Entwurf einer Verfassung. Ein Ausschuß, an dessen Spitze Clam-Martinič und Fürst Taxis standen, entwarf im Einverständnis mit Hohenwart die 18 Fundamentalartikel, die dem Königreich Böhmen etwa dieselbe Stellung wie Ungarn gaben; nur wenige Angelegenheiten sollten ihm mit den übrigen cisleithanischen Ländern gemeinsam bleiben und durch einen Delegiertenkongreß der Landtage geordnet werden; zur Genehmigung von Staatsverträgen und Verfassungsänderungen, zur Schlichtung von Kompetenzstreitigkeiten und mit anderen ähnlichen Befugnissen wurde ein Senat in Aussicht genommen. Die Bitte um die Genehmigung dieser Fundamentalartikel ward in einer Adresse vom 10. Oktober dem Monarchen vorgetragen. Der mährische Landtag schloß sich ihr wenige Tage später in allen Stücken an.

Bis dahin hatte sich sowohl das ungarische wie das Reichsministerium diesen Vorgängen gegenüber sehr gleichgültig verhalten; jetzt scheuchte die mächtige Aufregung, die in den deutschen Erblanden ausbrach, Beust aus seiner Unthätigkeit auf, während Andrássy über das Echo stutzig wurde, das die tschechischen Forderungen bei den Kroaten fanden. Die Kundgebungen nicht der deutschgesinnten Landtage allein und der Minoritäten in den verfassungsfeindlichen, sondern nicht minder das Verhalten der Gemeindebehörden, die Beschlüsse öffentlicher Versammlungen, die rückhaltslose Sprache der Zeitungen, alles zeigte, daß den Deutschen die Geduld ausgehe, und daß sie den Verfassungsbruch, der durch das

Verhandlungen
mit den
Tschechen.

Die 18 Funda-
mentalartikel.

Beust's Ein-
greifen.

Schreiben Franz Josefs an den böhmischen Landtag angebahnt war, nicht ungestört sich vollenden lassen würden. Schon forderten die Tschechen, daß der Reichsrat nach Kremsier berufen werde, weil er in Wien nicht sicher sei; schon dachte das Ministerium an die Verhängung des Belagerungszustandes und traf polizeiliche Vorkehrungen zum Schutze seiner Mitglieder, denen allerdings mit ausgesuchter Rücksichtslosigkeit überall mitgespielt wurde: am schlimmsten dem vielverspotteten Jireček, den die Wiener Studenten bei einer akademischen Festlichkeit am 10. Oktober durch endlose Beateatrufe aus der Aula vertrieben, während Beust die ihm gespendeten Beifallssalven wohlgefällig anhörte und dem feierlichen Akte bis zum Schlusse beiwohnte. So lebhaft aber die Erregung der Deutschen auch war, so hätte sie doch vielleicht nicht die Kraft besessen, den Kaiser schon jetzt zum Einhalten auf dem beschrittenen Wege zu veranlassen, wenn nicht die Vorgänge in Kroatien hinzugekommen wären. Hier erhob einerseits die südslawische Partei in dem sogenannten Septembermanifest die Forderung, daß der Ausgleich mit Ungarn aufgehoben und Kroatien mit Ungarn wie mit der cisleithanischen Reichshälfte nur durch Personalunion verbunden werden solle; andererseits brach am 8. Oktober in der Militärgrenze, von Starzewitz und anderen kroatischen Agitatoren geleitet, eine förmliche Empörung aus, die freilich durch das kräftige Einschreiten des Landeskommandanten von Mollinary in drei Tagen unterdrückt wurde, ohne dasselbe aber, wie alle Anzeichen lehrten, unzweifelhaft eine große Ausdehnung hätte gewinnen können. Gerade in diesen Tagen nun setzte Beust in einer ausführlichen Denkschrift, die er dem Kaiser nach Ischl sandte, die Unzulässigkeit der Fundamentalartikel und ihre Unvereinbarkeit mit dem ungarischen Ausgleich auseinander. Durch alle diese Vorgänge stutzig gemacht, schob Franz Josef seine Antwort auf die böhmische Adresse nun wenigstens hinaus und berief Andrássy am 16. Oktober zu einer Beratung nach Wien. Dessen Auffassung stimmte mit der Beusts durchaus überein und in einem Ministerrate, an dem Beust, Ruhn, Lonyay (der Nachfolger des Anfang 1870 verstorbenen Reichsfinanzministers von Becke), Andrássy und die cisleithanischen Minister teilnahmen, wurde Hohenwart sogar von einigen der letzteren, wie Holzgethan und Scholl, verlassen und der Entwurf einer Antwort an den böhmischen Landtag vereinbart, in der von einer Vorlage der Fundamentalartikel an den Reichsrat keine Rede mehr war.

Hohenwarts
Sturz.

Für den Kaiser mußte diese Entschließung allerdings sehr peinlich sein, da die Tschechen zu ganz anderen Erwartungen berechtigt waren. Auf seinen besonderen Wunsch kamen Kieger und Clam-Martinič am 24. Oktober nach Wien um noch einmal eine Verständigung zu versuchen. Natürlich wurde sie nicht erreicht, und am 30. Oktober trat das Ministerium Hohenwart mit Ausnahme Grocholskis und Holzgethans zurück. Diese führten die Geschäfte fort, bis am 20. November Fürst Adolf Auersperg ein verfassungstreues Ministerium zustande brachte,

in das Laffer, Stremayr und Banhans eintraten. Aber Hohenwart und seine Kollegen waren nicht die einzigen Opfer des verunglückten böhmischen Ausgleichs: nicht mit Unrecht machte der Kaiser dem Grafen Beust Vorwürfe, daß er durch sein Verhalten im Frühjahr 1870 das Verfassungsministerium in seiner Stellung wesentlich erschüttert, die Verhandlungen mit den Tschechen selbst in Gang gebracht und dann mit seinem Einspruch solange gewartet habe, bis der Monarch persönlich schon stark kompromittiert war. Der Reichskanzler bat daher am 6. No-

Beusts Rücktritt.

vember 1871 um seine Entlassung, die ihm unter Ernennung zum Botschafter in London erteilt wurde. An seinen Platz trat Andrássy, dessen ungarisches Ministerpräsidium Lonyay, der bisherige Reichsfinanzminister, einnahm. In diesen Posten rückte Holzgethan auf, während Depretis, der früher schon Potockis Ministerium angehört hatte, die cisleithanischen Finanzen übernahm.

Das Ausscheiden Beusts aus dem auswärtigen Amte, das er fünf Jahre geleitet, war von großer politischer Tragweite, da es endlich eine aufrichtige Freundschaft zwischen Wien und Berlin möglich machte. Wie sehr der frühere sächsische Minister auch seinen Preußenhaß unter schönen Worten verstecken mochte, er hatte doch niemanden täuschen können; man wußte, daß er nur auf die Gelegenheit lauere um diesem Haße Luft zu machen, und man beobachtete ihn daher auf das sorgfältigste. Besonders waren die ungarischen Staatsmänner durchaus nicht gewillt sich in einen Krieg gegen Deutschland verschlechten zu lassen; wenn in den Delegationen alljährlich das Militärbudget und die auswärtige Politik besprochen wurden, fehlte es von magyarischer Seite niemals an Mahnungen zur Friedfertigkeit und an Verwahrungen gegen Versuche den Einfluß Österreichs in Deutschland wiederherzustellen. Aber auch die deutsche Verfassungspartei überwand schnell den Groll, den sie anfänglich gegen den Sieger von Königgrätz hegen mochte; der Neid gegen Preußen wurde zurückgedrängt durch die Einsicht, daß Bismarck ernstlich den Frieden suche, dessen ja kein Staat dringender benötigte als Österreich; hier und da tauchte wohl gar in den trübsten Stunden der Verfassungswirren, als Hohenwarts Ausgleich die Deutschen unter die Füße der Slawen zu bringen drohte, der Gedanke auf, daß die letzte Zuflucht Deutschösterreichs unter dem Scepter der Hohenzollern zu suchen sei. Ernstlich wurden solche Träume freilich weder diesseit noch jenseit der Grenze genährt; vielmehr waren sie eine der beliebtesten Waffen, mit denen verleumderischer Haß die Bismarcksche Politik zu schädigen sich befließ: mit wie geringem Erfolg, konnte ein Blick in die Wiener Zeitungen lehren, in denen das Murren über die Ereignisse von 1866 immer schwächer, die Anerkennung der Größe Bismarcks und die sympathische Theilnahme an der Entwicklung des Norddeutschen Bundes immer lebhafter wurde.

Stellung zu Deutschland.

Das hinderte Beust doch nicht seine ganze auswärtige Politik auf die Möglichkeit eines deutsch-französischen Krieges und eines österreichisch-

Beust und Napoleon.

französischen Bündnisses zu gründen und dadurch die Kriegsbefürchtungen, von denen Mitteleuropa 1866—70 beunruhigt wurde, zu nähren. In jedem einzelnen Falle suchte er freilich den Ausbruch des Gewitters zu verhüten; aber man kannte den Grund, der ihm diese scheinbar friedfertige Haltung eingab. Weder Oesterreich noch Frankreich waren nach seiner Schätzung hinreichend gerüstet um Deutschland mit Sicherheit anzugreifen zu können; hier wie dort sollte erst die neue Heeresverfassung ins Leben getreten sein ehe der Kampf zur Demütigung der Hohenzollern begann. Das war eine Politik, die mit dem innersten Wesen Napoleons zu gut übereinstimmte, als daß sie diesem nicht hätte genehm sein sollen. Auch der französische Kaiser konnte den letzten entscheidenden Entschluß nie über sich gewinnen; er war mit dem Gedanken eines Krieges gegen Deutschland als einer Schicksalsnotwendigkeit vollkommen vertraut, spielte mit den Maßregeln, die den großen Konflikt herbeiführen mußten, und wich dem letzten unwiderruflichen Schritte doch immer wieder aus. Die große Politik Europas zwischen dem Kriege von 1866 und dem von 1870 hatte fast keinen anderen Inhalt, als dies Anfachen der Kriegsgefahr und die darauf folgenden Lösversuche. Neben Oesterreich wurde dabei ein Volk Europas nach dem anderen in die bonapartistischen Pläne hineingezogen, und Verhältnisse, denen Deutschland völlig fernstand, mußten dazu dienen die Verwicklung vorzubereiten oder wiederzubeseitigen.

Der Niedergang des Papsttums.

Frankreich und
der Papst.

Beinahe selbstverständlich erschien es dem französischen Stolze, daß Italien, obgleich es gerade den preussischen Siegen den Erwerb Venetiens verdankte, im Kampfe gegen Deutschland ihm Waffenfolge leistete. Aber dringender noch als Italiens bedurfte man der römischen Kurie, deren Beistand die Bürgschaft für den Vaterlandsverrat der süddeutschen Ultramontanen gewähren, womöglich auch die Treue der preussischen Katholiken erschüttern und überdies den Kriegseifer Frankreichs und Oesterreichs anfachen sollte. Da fand sich nun Napoleon vor einem schwer lösbaren Widerspruch. Wie bitter man in Rom das neue deutsche Staatswesen hassen, wie aufrichtig sich bei der Kunde von Königgrätz der Schreckensruf: Die Welt geht unter! den Lippen Antonellis entrunnen haben mochte, nicht minder verfeindet war man doch mit dem Kronenräuber Viktor Emanuel, und auch mit Oesterreich lag man in argem Hader. Ein volles Einverständnis mit dem Papste zu erzielen war kaum möglich, wenn ihm nicht wenigstens der Besitz von Rom gewährleistet wurde, und doch konnte das nicht geschehen ohne Italien in die Arme Preußens zu treiben. Kein Kunstgriff konnte diese Schwierigkeit beseitigen, kein Auskunftsmittel über diese Gegensätze hinweghelfen. In dem erfolglosen Bemühen das Unmögliche doch möglich zu machen erschöpfte die französische Staatskunst ihre Kräfte; bald schmeichelte sie dem Papste, bald

buhlte sie mit den Italienern; bald zeigte sie diesen die ewige Stadt als lockenden Kampfpriß, bald vermaß sie sich hoch und heilig zu beteuern, daß niemals, niemals Italien sich Roms bemächtigen solle. Die Folge war Mißtrauen und Lauheit auf beiden Seiten. Der französische Einfluß war stark genug um die Florentiner Staatsmänner von Preußen fernzuhalten, aber er benahm ihnen nicht den ernstesten Willen dem Lande zu seiner ersehnten Hauptstadt zu verhelfen; die eigene Politik drängte die Kurie dahin aus Abneigung gegen das protestantische Preußen ihre Sympathien Frankreich zuzuwenden, aber um rückhaltlos auf Napoleons Seite zu treten, dafür hätte der Papst einen höheren Preis gefordert. In der Stunde der Entscheidung fand Frankreich, das die Hilfe Italiens und des heiligen Stuhles zugleich haben wollte, weder hier noch dort die gehoffte Willfährigkeit, und die guten Wünsche, mit denen beide Teile nicht kargten, verhallten wirkungslos in dem Donner der Schlachten.

In einzelnen Punkten gelang es der französischen Regierung allerdings einen Ausgleich zwischen Rom und Florenz herbeizuführen, obgleich sich der Papst auch in solchen Fällen nie dazu herbeiließ unmittelbar mit Italien zu verhandeln, sondern stets den Weg über Paris einschlug. So ordnete ein Vertrag vom 7. Dezember 1866 den Anteil des Königreichs an den Schulden des Kirchenstaates und belastete die traurigen Finanzen Italiens dadurch wieder mit einer Summe von beinahe 20 Millionen Franken. Es war gleichwohl eine Notwendigkeit diesen Vertrag einzugehen, denn er war die Vorbedingung für den Abzug der französischen Besatzung, die Mitte Dezember sich einschiffte und es Italien überließ etwaige Einfälle von Freischaren durch strenge Grenzbewachung unmöglich zu machen. Ricasoli, der stets eine Verständigung mit dem Papste lebhaft gewünscht hatte, hielt den Augenblick für günstig um eine Annäherung zu versuchen; der Ausgangspunkt, den er dabei nahm, bot aber von vornherein wenig Hoffnung des Gelingens. Das von Steuern überbürdete Land konnte die Mittel zur Deckung der Ausgaben nicht aufbringen; die einzige Quelle, aus der sich noch immer erhebliche Einnahmen schöpfen ließen, waren die liegenden Gründe der Kirche. Diese zu verkaufen, von dem Erlöse 600 Millionen für den Staat zu behalten, den Rest aber den Bischöfen auszuantworten, die außerdem das Recht haben sollten bei dem Verkaufe ihre Güter wiederzuerwerben — eine Operation, welche ihnen dadurch erleichtert worden wäre, daß mit der Ausführung des Verkaufs das Brüsseler Haus Langrand-Dumonceau, die Bankfirma des Papstes, beauftragt werden sollte — das waren die Pläne Ricasolis. Um hierzu die Einwilligung der Kurie zu erlangen ließ er durch einen vertraulichen Gesandten Tonnello den Verzicht des Staates auf die Bestätigung der Bischöfe, der Bullen, der Hirtenbriefe anbieten und gab für den Ernst seiner Absichten auch dadurch eine Bürgschaft, daß er die Kammer, die viel größere Anforderungen an die Kirche erhob, im Februar 1867 auflöste. Als aber fast ganz dieselben Abgeordneten wiedergewählt wurden und Tonnello unverrichteterdinge

Italien und
der Papst.

Verkauf der
Kirchengüter.

zurückkehrte, blieb dem Minister nichts übrig als einem neuen Kabinette die Gelegenheit zu geben sich auf andere Weise dem Ziele zu nähern. Die Parteigruppierung der Kammer wies Rattazzi diese Aufgabe zu, und am 11. April 1867 übernahm er die Geschäfte. Einer Verständigung mit Rom legte er keinen Wert bei, sondern stimmte ohne viel Bedenken dem Vorschlag eines Kammerausschusses zu, wonach die sämtlichen Prälaturen, Abteien, Stiftungen u. s. f. ihrer juristischen Persönlichkeit beraubt, die Güter zum Besten des Staates verkauft und die Gehälter und Pensionen der Berechtigten von diesem übernommen werden sollten. Kaum 60 Stimmen von der Rechten (Minghetti, Lanza, Sella, Lamarmora) erklärten sich dagegen, mehr als 200 in der Endabstimmung am 27. Juli dafür. Die gesamte Linke hatte in dieser Frage zu Rattazzi gestanden. Der Verkauf wurde mit möglichster Vorsicht betrieben um die Preise nicht gar zu sehr zu drücken; aber auch so brachte er bis 1876 doch über 508 Millionen ein und schuf der bedrängten Staatskasse dadurch keine geringe Erleichterung.

Als Gegenleistung erwartete die Linke von Rattazzi, daß er in der Weise Cavours ihren Anschlägen auf Rom förderlich sein werde. Seit dem Abzuge der Franzosen hatten die Vorbereitungen dazu nicht geruht. Garibaldi selbst war seit dem Frühjahr in beständiger Bewegung bald in Venetien, bald in Piemont, bald in Toskana die Gemüter zu schüren und das Unternehmen, dessen Leitung ihm von der römischen Aktionspartei feierlich übertragen war, ins Werk zu setzen. Ricasoli trat ihm dabei offen und mutig entgegen, Rattazzi ließ ihn gewähren und fühlte sich um so sicherer, als Napoleon durch die Luxemburger Frage am Einschreiten gehindert schien. Kaum hatte jedoch der französische Kaiser durch die Londoner Konferenz seine Freiheit wiedergewonnen, so gab er in sehr verletzender Weise den Italienern zu verstehen, daß es noch immer seine Truppen seien, die man in Rom zu bekämpfen habe. Unter den verschiedenen Fremdenregimentern, die der päpstliche Kriegsminister Kanzler hatte anwerben lassen, befand sich nämlich auch ein französisches, nach dem Sammelplatze an der südfranzösischen Küste gewöhnlich die Legion von Antibes genannt. In dieser waren zahlreiche Desertionen vorgekommen, ein Umstand, der Frankreich ohne Zweifel gar nichts anging. Dennoch sprach der Kriegsminister Niel dem Obersten der Legion sein Mißfallen darüber mit der ausdrücklichen Bemerkung aus, daß die Legion durchaus ein Bestandteil der französischen Armee sei; ja er schickte Mitte Juli den General Dumont nach Rom um das Regiment zu besichtigen. Rattazzi verstand den Wink und suchte Garibaldi zu einer Verschiebung seiner Pläne zu bewegen; eine Zeitlang zauderte und schwankte der General; dann aber trug sein Haß gegen die „Vipernbrut“ in Rom den Sieg davon. Er begab sich an die römische Grenze, wo die Freiwilligen seiner schon harrten, und wollte dieselbe eben überschreiten, als er in der Frühe des 24. September 1867 auf Rattazzis Befehl in Asinalunga bei Arezzo verhaftet wurde. Man brachte ihn erst auf

Ministerium
Rattazzi.

Garibaldi's
Anschlag auf
Rom.

Verhaftung in
Asinalunga.

die Festung Alessandria, wagte aber bei der Aufregung des Volkes nicht ihn dort zu behalten, sondern schickte ihn auf seine Insel Caprera, wo ihn ein paar Kriegsschiffe bewachten. Währenddessen fuhren seine Anhänger ohne erheblich gestört zu werden in ihren Vorbereitungen fort und Garibaldi ernannte öffentlich seinen Sohn Menotti zu seinem Stellvertreter. Am letzten Tage des Monats überschritt dieser die römische Grenze, besetzte das Städtchen Acqua Pendente und schlug sich dann mit schwankendem Glück vierzehn Tage lang mit den päpstlichen Truppen herum, auf die Erhebung wartend, die verabredetermaßen in Rom stattfinden sollte. Aber das einzige Lebenszeichen, das die dortigen Gesinnungsgenossen von sich gaben, war eine mit 12 000 Unterschriften bedeckte Adresse an den Papst, in der sie diesen baten die Hilfe der italienischen Regierung anzurufen. Nichts würde Rattazzi erwünschter gewesen sein als eine solche Wendung der Dinge; zwischen den Drohungen Napoleons, dessen Flotte in Toulon bereit lag, und der ungestümen Bewegung des italienischen Volkes, das keine Behinderung der Freischaren, ja nicht einmal die Auflösung ihrer Werbestellen oder des Hauptauschusses in Florenz duldet, befand er sich in einer sehr peinlichen Lage; nach langem Zögern entschloß er sich am 15. Oktober die Aktionspartei heimlich zu unterstützen. Aber kaum hatte er diese neue Politik eingeschlagen, als die Nachricht kam, daß der Papst Napoleons Beistand angerufen und zugesichert erhalten habe, während Garibaldi am 14. Oktober von Caprera auf einem Fischerkahn entkommen sei. Jetzt galt es offen Farbe zu bekennen und entweder einem Zusammenstoß mit Frankreich zu trotzen oder selbst die Freischaren zu bändigen. Das eine wie das andere zu thun war Rattazzi nicht der Mann; er nahm seine Entlassung, und für einige Tage gab es in Florenz keine Regierung. Angeblich bemühte sich Cialdini eine solche zu bilden, in Wahrheit aber schien dieser Zwischenzustand nur darauf berechnet zu sein die Entwicklung der Dinge abzuwarten. Garibaldi kam unbehelligt nach Florenz und fuhr unbehelligt von dort an die Grenze; ungehindert entfalteten die Ausschüsse der Bewegungspartei überall die regste Thätigkeit. Auch in Rom selbst wurde auf die Meldung von diesen Ereignissen ein Aufstand versucht; doch die kleine Schar, die den Mut dazu hatte, unterlag sofort am 23. Oktober den päpstlichen Truppen. Garibaldi selbst erfocht in dem Gebiete von Rom bald einige kleine Erfolge und machte die Schlappen wieder gut, die sein Sohn vor seiner Ankunft erlitten; Viterbo zwar vermochte er nicht zu nehmen, dagegen erstürmte er Monte Rotondo, und südlich von Rom verbreitete gleichzeitig ein Haufe unter Nicotera den Aufstand.

Weiter durfte Napoleon die Dinge nicht kommen lassen. Daß er ungerne eingriff, hatte die wiederholte Rücknahme des Befehls zur Abfahrt der Flotte gezeigt; solange noch irgend welche Aussicht vorhanden war, daß die italienische Regierung das Schergenamt übernehmen werde, war er gern bereit sich selbst die gehässige Arbeit zu ersparen; als er

Rattazzi's
Rücktritt.

französische
Expedition.

Schlacht von
Mentana.

aber am 26. erfuhr, daß Cialdini den Auftrag ein Ministerium zu bilden zurückgegeben habe, glaubte er nicht mehr zögern zu dürfen und schon am 28. ließ seine Flotte in Civita vecchia ein. Faillly, der den Befehl über die Landungstruppen führte, war indes auch jetzt noch angewiesen sich möglichst zurückzuhalten; eine thätige Beteiligung am Kampfe mußte ja eine Kluft zwischen Frankreich und Italien reißen, die Napoleon zu scheuen allen Grund hatte. Zweierlei war möglich: entweder bewog Menabrea, der am 27. die Regierung übernommen hatte, Garibaldi auch jetzt noch zum Abzug, oder General Kanzler, der mit den päpstlichen Truppen gegen ihn ausrückte, zwang ihn dazu. Die erste Hoffnung schlug fehl: trotz eines Aufrufs des Königs, trotz des Einmarsches Cialdinis, der überall die päpstlichen Wappen wiederaufrichten ließ, beharrte Garibaldi bei seinem Entschluß. Aber auch die zweite Möglichkeit schwand dahin; denn als Kanzler die Freischaren am 3. November bei Mentana angriff, wurde er trotz tapferen Widerstandes geworfen und wäre verloren gewesen, wenn nicht eine französische Brigade in Reserve gestanden und den Kampf aufgenommen hätte. Trefflich bewaffnet mit den neuen, noch nicht erprobten Chassepotflinten richtete diese unter den mangelhaft gerüsteten Rothemden ein furchtbares Blutbad an, und Faillly konnte triumphierend nach Paris melden, daß die Chassepots Wunder gethan — ein Jubelruf, der die Erbitterung der Italiener aufs höchste steigerte. In Mentana übrigens hielten sich die Garibaldiner, die dem Tod und der Gefangenschaft entronnen waren, und flüchteten nachts einzeln von dannen. Garibaldi selbst ward auf der Eisenbahn verhaftet und in das Fort Varignano bei Spezzia gebracht; doch diente seine erschütterte Gesundheit der Regierung schon nach drei Wochen als Vorwand ihn wiederum nach Caprera zu entlassen.

Spannung
zwischen
Italien und
Frankreich.

Eine tiefe Verstimmung, die bei den fortgeschrittenen Parteien zu wahren Ingrimm wurde, griff infolge dieser Vorgänge zwischen Frankreich und Italien Platz. Dem schwächeren Teile blieb ja freilich zunächst keine andere Wahl als sich zu fügen, die eigenen Truppen, wie Napoleon es forderte, sogleich aus dem Kirchenstaate zurückzuziehen, das Verbleiben der Franzosen unter Protest über sich ergehen zu lassen und nur etwa in diplomatischen Notizen und Parlamentsbeschlüssen feierlich zu bekunden, daß man den Anspruch auf Rom als die Hauptstadt Italiens keineswegs fallen lasse. Napoleon andererseits hätte gern Mittel und Wege gefunden um das beleidigte Nationalgefühl zu versöhnen. Aber was ließ sich thun? In der Sache selbst konnte er nicht nachgeben, ja die lebhaften Debatten, welche die Opposition im gesetzgebenden Körper hervorrief, gestatteten seinen Ministern nicht einmal ein beschwichtigendes Schweigen zu beobachten: sie mußten ihre Politik und die Wunder von Mentana verteidigen und preisen und gaben dabei durch manches scharfe Wort dem Zorn der Italiener neue Nahrung. Wohl versuchte der Kaiser die schwierige Lage Roms einer europäischen Konferenz zu unterbreiten und dadurch die Verantwortlichkeit von seinen Schultern zu wälzen; aber so

bereitwillig Herr von Dalwigk in Darmstadt auf diese ehrenvolle Einladung einging ohne zu ahnen, daß ein strenger Verweis vom Grafen Bismarck sein Lohn dafür sein werde, so gern Österreich und Spanien bereit waren dem bedrängten Kaiser aus seiner Sackgasse den erwünschten Ausweg zu brechen, so wenig Neigung zeigten England, Rußland und Preußen dazu. Sie wollten nur dann an der Konferenz sich beteiligen, wenn ein Ausgleich zwischen Rom und Italien in Aussicht stehe, und davon war nicht im entferntesten die Rede; Italien stellte außerdem die Bedingung, daß die Franzosen erst aus Rom abziehen und die Septemberkonvention dadurch wieder zur Wahrheit machen müßten; da war es denn unvermeidlich, daß der ganze Plan zu Boden fiel und der Stachel in dem Gemüte des italienischen Volkes zurückblieb. Eine Hinneigung zu Deutschland machte sich bemerklich, wie sie bis dahin, selbst im Jahre 1866, nicht kund geworden war: dem preußischen Kronprinzen, der im Frühjahr 1868 zur Vermählung des italienischen Thronerben als Gast eintraf, wurden begeisterte Huldigungen dargebracht und die Blätter der Linken ergingen sich in Lobpreisungen des preußischen Bündnisses. Die kleinen Mittel, welche die Gegner dagegen ausspielten, versingen doch nur wenig: Lamarmora, der aus dem Feldzuge von 1866 einen tiefen Groll gegen den glücklicheren Bundesgenossen bewahrt hatte, suchte durch Klagen über die damalige preußische Politik sich selbst rein zu waschen und Mißtrauen gegen Bismarck zu säen, doch vergeblich. Versöhnung mit Frankreich war nur durch die Lösung der römischen Frage zu erzielen. Die leitenden Staatsmänner waren selbstverständlich bemüht die Klust nicht zu erweitern; hing doch aller Voraussicht nach der Erwerb von Rom für alle Zeit von Frankreichs Zustimmung ab. Menabrea machte sogar Anstrengungen eine Grundlage für ein vorläufiges Abkommen mit dem Papste zu finden; er dachte an eine Zolleinigung, ein gemeinsames Bürgerrecht u. dergl. Aber als er sah, daß diese Vorschläge bei der Kurie keinen Anklang fanden, und daß Napoleon sich höchstens dazu verstand die Brigade in Rom, an deren Spitze General Dumont stand, auf Cività vecchia zurückzuziehen, da gab er die Verhandlungen als unwürdig auf und erwartete geduldig den Zeitpunkt, wo Frankreich seinerseits sie wiederaufnehmen werde.

Ihm selbst war es nicht vergönnt bis dahin am Ruder zu bleiben; es war schon viel, daß er sich länger als zwei Jahre behauptete, eine Amtsdauer, die kein Ministerpräsident seit dem Frieden von Villafranca erreicht hatte. Auch Menabrea wurde das nur dadurch möglich, daß er seine Kollegen verschiedentlich wechselte; denn auf der einen Seite zwang die Schwierigkeit der inneren Lage, besonders der verzweifelte Zustand der Finanzen, die Regierung zur Vorlage sehr drückender und deshalb leicht angreifbarer Steuerprojekte, an denen zu mäkeln die Opposition niemals unterließ, und andererseits stand die konservative Partei in ihren verschiedenen Gruppen so sehr unter der Herrschaft persönlicher Mißstimmungen und Launen, daß die Linke kaum nötig hatte Zankäpfel

Hinneigung
der Italiener
zu Deutsch-
land.

Das Mini-
sterium Men-
abrea.

unter sie zu werfen. Menabrea hatte im Mai 1869 den Versuch gemacht die Partei der Permanenten, jene Piemontesen mit ihrem Anhang, die sich seit der Verlegung der Hauptstadt nach Florenz aufs Schmolten geworfen, zu versöhnen; aber nach wenigen Monaten war die Uneinigkeit wiederausgebrochen, und als die Linke dem Führer der Permanenten, Lanza, gegen den Willen des Ministeriums zum Vorsitz in der Kammer verhalf, erbat Menabrea am 19. November seine Entlassung. Erst nach beinahe vier Wochen kam ein neues Kabinett zustande; Lanza übernahm das Präsidium und das Innere, Sella die Finanzen, Visconti Venosta das Äußere, Govone den Krieg.

Finanzlage
Italiens.

Trotz der unerquicklichen parlamentarischen Zustände war doch unter Menabreas Leitung manches wichtige Gesetz vereinbart worden; allein in der Session von 1868 hatten die Kammern gegen 150 Millionen neuer Steuern bewilligt. Unglücklicherweise entsprach jedoch deren Ertragsfähigkeit, besonders die der Wahlsteuer, den Erwartungen sehr wenig, und wie man sich gezwungen gesehen hatte durch den Verkauf der Kirchengüter das Vermögen des Landes zur Bestreitung der jährlichen Ausgaben anzugreifen, so griff der Finanzminister Cambry-Digny im Juni 1868 dazu eine der einträglichsten Finanzquellen, das Tabaksmonopol, auf 20 Jahre zu verpachten und sich auf die Pachtsumme 230 Millionen im voraus zahlen zu lassen um damit einen Teil des Defizits zu decken. Solche Maßregeln beseitigten für den Augenblick die Not, aber sie verschlimmerten die Zukunft, auf deren Kosten man vorderhand lebte. Trotzdem war der Steuerdruck schon jetzt so schwer, daß die Bewegungspartei die Unzufriedenheit zu häufigen Putzchen in Sizilien, im Neapolitanischen, in der Romagna, selbst in der Lombardei ausnutzen konnte, ein Verfahren, das nicht allein die Leistungsfähigkeit des Landes beständig schwächte, sondern auch neue Ausgaben und Lasten im Gefolge hatte. An der Armee und der Flotte sparte man soviel es irgend zulässig war; während nach der Wehrverfassung, die 1869 beschlossen wurde, jährlich 80 000 Rekruten hätten eingestellt werden sollen, begnügte man sich mit 44 000 um die 140 Millionen des Kriegsbudgets nicht zu überschreiten; noch weiter herabzugehen war angesichts der kriegerischen Zeitläufte nicht möglich: denn alle Parteien stimmten darin überein, daß Italien die erste europäische Verwicklung zur Erwerbung von Rom benutzen müsse, und dazu war ein achtunggebietendes Heer auf alle Fälle erforderlich. Für die Hebung von Handel und Verkehr geschah bedeutendes; die Eisenbahn durch den Mont-Cenis war noch nicht vollendet, als das Ministerium schon für die Gotthardlinie eintrat, an die sich dann wieder eine Reihe lokaler Bahnen angeschlossen; auch Dampferlinien, wie die durch den Suezkanal, der Ende 1869 eröffnet wurde, erhielten die Unterstützung des Staates; für Hasenbauten, Landstraßen und ähnliche Anlagen wurde nach Kräften gesorgt: alles das konnte erst in der Zukunft Früchte tragen, und für die Gegenwart blieb zuletzt keinem Ministerium etwas anderes übrig,

als immer wieder die Steuern zu erhöhen. Auch Sella begrüßte die Kammern im Frühjahr 1870 mit der unerwünschten Botschaft, daß ein Zuschlag von 12 Prozent zu allen Abgaben für das laufende Jahr unerläßlich sei.

Die Unterthanen des Papstes waren im Vergleich mit diesen drückenden Lasten fast glücklich daran; da das Defizit in den Kassen der Kurie mit den Peterspfennigen gedeckt werden konnte, die aus der ganzen katholischen Welt zusammenströmten; von 1859—65 waren über 40 Millionen durch solche freiwillige Beisteuern eingelaufen, und daß auch späterhin die Opferwilligkeit der Ultramontanen nicht erkaltete, bewies die Summe der Geschenke, die Pius am 11. April 1869, dem fünfzigsten Jahrestag seiner Priesterweihe, erhielt und die sich auf fast 10 Millionen belief. Dadurch wurde die Kurie befähigt ihre Netze in ganz Europa immer weiter auszubreiten und überall Verbindungen für einen politischen Umschwung im Sinne ihres Systemes anzuspinnen. Es handelte sich für sie dabei keineswegs bloß um die Wiederherstellung des Kirchenstaates, sondern ebensowohl um die Wiederherstellung der päpstlichen Macht in allen übrigen Staaten, und da dieses Ziel nur erreichbar war, wenn der Katholizismus sich überall willenlos der päpstlichen Führung beugte, wenn die Bischöfe des Westes von Selbständigkeit, den sie noch besaßen, beraubt und die Laien aus dem Rachen des Liberalismus, der sie bedrohte oder schon verschlungen hatte, gerettet wurden, so arbeiteten die Jesuiten unermülich in dieser Richtung. Mit großer Konsequenz wußten sie überall, wo die staatliche Gesetzgebung in Widerspruch zu ihren Forderungen trat, durch päpstliche Allokutionen, Bullen und Bannflüche die Gläubigen zum Widerspruch gegen die Regierungen aufzuheizen und das Entstehen ausschließlich katholischer Parteien zu befördern. Streitsüchtiger und mehr mit aller Welt verfeindet war das Papsttum kaum je gewesen als jetzt, wo es der weltlichen Macht fast ganz entkleidet war und in den Händen eines hochbetagten, gutmütigen und unselbständigen Priesters lag; mit Osterreich und Italien wie mit der Schweiz und Baden, mit Mexiko und Neugranada wie mit dem Zaren und dem Sultan gab es Streit, und um ein Regiment zu finden, das ganz nach ihrem Herzen war, mußte die Kurie sich bald mit Ecuador begnügen, „der ruhmreichen Republik jenseit des Ozeans, die inmitten des schuldbewußten Schweigens der europäischen Mächte allein ihre Stimme für die Wiederherstellung des Kirchenstaates erhebe.“

Die Pläne der Kurie.

Das gesamte politisch-religiöse Programm der Kurie war in dem Rundschreiben und dem Syllabus vom 8. Dezember 1863 zusammengefaßt, die nicht bloß den Bischöfen, sondern auch der Laienwelt unweigerlich die Richtschnur für ihr öffentliches Verhalten vorschrieben. Ob der Papst dazu ein Recht habe, ob nicht vielmehr seinen Entscheidungen, wenn sie keine Glaubens- und Sittenlehren betrafen, Gehorsam und Beipflichtung versagt werden dürfe, das war allerdings ein strittiger Punkt

Encyklika und Syllabus.

Die Unfehlbar-
keitslehre.

Das Jubiläum
Petri.

Vorberei-
tungen zum
Konzil.

und die Verdammung, welche das Rundschreiben über die Zweifler aussprach, konnte sicherlich niemand befehlen. Eine notwendige Ergänzung zu dem Erlaß des Syllabus war daher seine Befräftigung durch einen Ausspruch der gesamten Kirche, und den konnte nur ein Konzil thun. Dessen Berufung war demgemäß fortan das nächste Ziel der Jesuiten, und nur darüber herrschten noch Zweifel, ob man von demselben nur die Bestätigung des Syllabus verlangen oder den Papst für unfehlbar erklären lassen solle. Der erste dieser beiden Wege führte im Grunde genau eben so weit wie der zweite; er war aber in der Form der mildere, da er wenigstens zum Schein die Mitwirkung der Bischöfe zuließ und der päpstlichen Allmacht Schranken zog; Pius selbst wollte kaum mehr als dies; er versicherte häufig, daß er einer Dogmatisierung seiner Unfehlbarkeit nicht bedürfe, da ja niemand gegen deren Ausübung Widerspruch erhebe, und seine erste Erklärung, daß er unfehlbar sei, unangefochten geblieben war, obgleich er sie schon in einer Encyklika vom 9. November 1846 kundgegeben. Ganz anderer Ansicht waren indes die Jesuiten; sie drängten unablässig darauf, daß die Unfehlbarkeit zum Dogma erhoben werde, und bereiteten durch ihre Zeitschrift, die *Civiltà cattolica*, die Gemüther auf die Entscheidung dieser Frage vor, während in die Katechismen, die bisher zum Teil die Unfehlbarkeit leugneten, der neue Lehrsatz stillschweigend eingeschoben wurde. Unter den Bischöfen herrschte darüber eine weit verbreitete Unzufriedenheit; sie mußten sich sagen, daß ihre Selbständigkeit vollständig werde geknickt werden und daß ihnen dem Staate gegenüber ernstliche Schwierigkeiten aus dem Dogma erwachsen könnten. Als sie daher im Juni 1867 in großer Zahl, beinahe 500, zur Jubelfeier des Apostels Petrus in Rom versammelt waren und den Papst in einer Adresse begrüßten, verwarfen sie den Wunsch einzelner die Unfehlbarkeit ausdrücklich anzuerkennen und schlugen den Mittelweg ein die eigenen Worte des Papstes in der Encyklika von 1864 zu gebrauchen: es sei ihm die göttliche Vollmacht erteilt die gesamte Kirche zu weiden, zu leiten und zu regieren. Den Plan ein Konzil zu berufen nahmen sie so günstig auf, daß der Papst sofort die Ausführung beschloß und ihnen durch den Kardinal Caterini 17 Fragen vorlegen ließ, die zur Verhandlung gestellt werden sollten und unter denen die Unfehlbarkeit sich nicht befand. Auch die förmliche Einladung, die am 29. Juni 1868 in der Bulle *Aeterni Patris* erging und auf den 8. Dezember 1869 lautete, gedachte derselben mit keinem Worte. Erst als im Winter 1868 auf 1869 in Rom einige Ausschüsse zusammentraten um die Verhandlungen des Konzils vorzubereiten, wurde einem derselben durch den Erzbischof von Odesa, Cardoni, eine Abhandlung vorgelegt, welche die Dogmatisierung der Unfehlbarkeit betraf, und mit allen gegen die eine Stimme des deutschen Theologen Alzog von Freiburg genehmigte der Ausschuß, in dem einige hervorragende Jesuiten wie Perrone und Schrader saßen, diese Anregung. Nun konnte die Sache nicht mehr lange geheim bleiben: die Gegner des

Vorhabens waren gewarnt. In Deutschland, Österreich und Frankreich machte sich ein wissenschaftlicher Widerstand fühlbar, der an dem pseudonymen „Janus“, Döllinger in München, Schulte in Prag, dem französischen Bischof Maret u. a. seine litterarischen Vorkämpfer und an vielen angesehenen Bischöfen einen Rückhalt hatte. Auch die Verteidiger der Unfehlbarkeit, wie Fessler von St. Pölten, Plantier von Nîmes, Kardinal Manning u. a., betreten den Kampfplatz, obgleich das kaum nötig war, wenn jener römische Ausschuß recht hatte, der alle geschichtlichen Einwürfe für kraftlos erklärte, sofern ihnen durch einen Konzilsbeschluß widersprochen werde. In Deutschland gab es unter den Kirchenfürsten nur vereinzelte, wie Senestrey von Regensburg oder Martin von Baderborn, die das Dogma herbeiwünschten; andere, wie Ketteler von Mainz, hielten die Anregung desselben für unklug, bezweifelten seine Wahrheit aber nicht; wieder andere, wie Hefele von Rottenburg, gehörten zu den entschiedensten Leugnern und mußten von den eifrigeren Amtsbrüdern bereits die Drohung hören, daß Rom ihnen ihr kezerisches Fell schon abstreifen werde. Diese verschiedenen Standpunkte zu einer gemeinsamen Ansprache an die deutschen Katholiken zu vereinigen war gewiß nicht leicht; aber die Bischöfe brachten es fertig; sie erließen, neunzehn an der Zahl, am 6. September 1869 auf einer Konferenz in Fulda einen Hirtenbrief, in dem sie beteuerten, daß sie einmütig überzeugt seien, es werde das Konzil kein neues Dogma einführen — kein neues Dogma; denn wenn die Unfehlbarkeit dazu erhoben wurde, so geschah das natürlich unter der Versicherung, daß sie stets und aller Orten gegolten habe, und daß kein historischer Einwurf diese Versicherung entkräften könne. Ein Teil der Prälaten wandte sich auch noch in einem Privatschreiben an den Papst um ihn zu bitten von der Dogmatisierung Abstand zu nehmen; dann machten sich alle auf die Reise nach Rom.

Hirtenbrief
der deutschen
Bischöfe.

In der politischen Welt sah man dem Konzil im allgemeinen mit Gleichgültigkeit entgegen. Fürst Hohenlohe, der bayerische Minister des Äußeren, wies seine Amtsgenossen in einem Rundschreiben vom 9. April 1869 vergeblich auf die hochpolitische Natur der Unfehlbarkeitsfrage hin; er empfahl auf einer europäischen Konferenz sich über eine gleichartige Haltung zu verständigen und etwa gemeinsam Verwahrung gegen die einseitige Beschlußfassung des Konzils in staatskirchlichen Fragen einzulegen. Allein dieser Vorschlag wurde sehr schlecht aufgenommen; Beust fand vorbeugende Maßregeln eines Verfassungsstaates nicht würdig, Bismarck wollte als Minister eines protestantischen Landes den katholischen Regierungen den Vortritt lassen, Napoleon hoffte durch die französischen Bischöfe, von denen sich außer Maret auch Dupanloup und Darboy gegen das Dogma erklärt hatten, den nötigen Einfluß zu gewinnen ohne durch diplomatische Schritte den Papst überflüssigerweise zu erzürnen. Ein Gedanke, der vielfach besprochen wurde, war der, das Konzil auch von seiten der Fürsten durch besondere Gesandte, Oratoren,

Das Konzil
und die Re-
gierungen.

beschicken zu lassen, wie das früher üblich gewesen; unter anderen befürwortete Graf Harry Arnim, der norddeutsche Gesandte in Rom, diesen Plan; Bismarck meinte aber in seiner Antwort vom 25. Mai 1869, da jene Oratoren ja doch kein Veto besitzen würden, sei es vorteilhafter für den Staat das Konzil ganz allein gewähren zu lassen. Ebenso dachte man an den übrigen Höfen, und nur Portugal ernannte wirklich einen Orator, der jedoch starb ohne seine Vollmacht übergeben zu haben. Von deutscher Seite verfiel man endlich noch auf die Idee den greisen König Johann von Sachsen, den gelehrten Kenner der mittelalterlichen Theologie, nach Rom zu entsenden; doch ward auch dieser Vorschlag zum Bedauern des Königs nicht gebilligt.

Eröffnung des
Konzils.

Dem Papste waren diese Anstrengungen gegen das Dogma trotz ihrer Geringsfügigkeit doch überraschend, und als nun Ende November die Bischöfe in Scharen nach Rom strömten und so viele eifrige Verfechter des Katholizismus ihn bestürmten von seinem Vorsatz abzustehen, geriet er ins Schwanken und meinte sich mit der Bestätigung des Syllabus, besonders des zweiundzwanzigsten unter seinen 80 Artikeln, begnügen zu können, da in diesem bereits die Lehre, als ob je ein Papst seine Befugnis überschritten, sich die Rechte der Fürsten angemast oder in Sachen des Glaubens und der Moral geirrt habe, als ketzerisch verflucht war. Die beruhigenden Worte, die er reichlich spendete, übten jedoch nur solange einige Wirkung bis man die Geschäftsordnung kennen lernte, die für das Konzil entworfen war. Danach stand ausschließlich dem Papste das Recht zu Beschlüsse zu beantragen; die Einwände, die bei den Beratungen laut würden, sollten besonderen Ausschüssen überwiesen und von diesen geprüft werden; in der Gestalt, wie die Vorlagen aus diesen Ausschüssen hervorgingen, kamen sie dann abermals an das Konzil, aber nicht zur Beratung, sondern nur zur Abstimmung, bei der die Mehrheit entschied. Dadurch waren der Minderheit die Bürgschaften genommen, die sie bisher in dem nie bestrittenen Satze gefunden, daß ein Konzil nur mit moralischer Einhelligkeit Beschlüsse fassen könne. Wie wenig Rücksicht die Mehrheit zu nehmen gesonnen war, ergab sich schon daraus, daß in die vier Ausschüsse kein Mitglied der Minderheit gewählt wurde. Und doch zählte diese unter den 779 anwesenden Bischöfen über 200 Anhänger; es gehörten ihr die meisten deutschen, österreichischen, ungarischen, französischen Prälaten an, überdies viele aus Oberitalien, Portugal, Nordamerika, während die Mehrheit allein 62 Bischöfe aus dem Kirchenstaate, etwa 100 aus dem übrigen Italien und gegen 120, die gar keinen Sprengel hatten (in partibus infidelium), einschloß. Nach der Zahl der Gläubigen, die sie vertraten, stellte die Minderheit daher beinahe einen größeren Teil der katholischen Welt dar als die Mehrheit; wollte man über ihren Widerspruch flüchtig hinweggehen, so war die Beschlusfassung eine große Täuschung.

Aber freilich war die Opposition in sich keineswegs geschlossen; es gab in ihr kampflustige und gewandte Redner, wie Stroßmayer von

Diakovar, Kenrick von St. Louis, Connolly von Halifax; andere, die besser mit der Feder als mit dem Worte fertig wurden, wie die Kardinal Schwanberg von Prag, Kauscher von Wien, Matthieu von Besançon, oder Bischof Hefele. Sehr zahlreich waren die, welche den Fall der Niederlage nie aus den Augen verloren und sich klüglich den Rückweg frei erhalten wollten. Den Mittelpunkt der Opposition bildete eine kleine Gruppe, die unter Kauschers Vorsitz beriet; außerdem versammelten sich die Deutschen und Österreicher bei Schwarzenberg, die Franzosen anfangs bei Matthieu, dann als diesem der Mut entfiel und er Rom verließ, bei Darboy. Den Heißspornen der Unfehlbarkeit wurde diese Parteibildung bald unbehaglich und um der ganzen Sache schnell ein Ende zu machen baten sie in einer Adresse den Papst um Vorlage des Dogmas. Kauscher antwortete darauf am 12. Januar 1870 mit 136 Bischöfen durch eine Gegenadresse, und da man überdies unter der Hand den Papst wissen ließ, daß die Opposition Rom sofort verlassen werde, wenn man etwa den Versuch mache die Unfehlbarkeit durch Zuruf zu verkünden, so blieb das Verlangen der Mehrheit noch unerfüllt. Bei den Verhandlungen befand sich diese in einer sehr schlimmen Lage, da sie der Beredsamkeit Strossmayers keinen ebenbürtigen Gegner entgegenstellen konnte; das bequemste Rettungsmittel war eine neue Geschäftsordnung vom 23. Februar, die dem vorsitzenden Cardinal de Angelis das Recht erteilte jedem Redner das Wort zu entziehen und auf Verlangen von 10 Bischöfen die Debatte ganz zu schließen; überdies sprach sie den Satz, daß Stimmenmehrheit für die Beschlußfassung genüge, noch schärfer als die erste aus. Ein Teil der Opposition wollte von der Rücknahme dieser Geschäftsordnung sein Verbleiben auf dem Konzil und die Anerkennung von dessen Freiheit und Rechtmäßigkeit abhängig machen, aber die meisten konnten sich dazu doch nicht entschließen, obgleich die größeren Kabinette sehr geneigt waren sie zu unterstützen. Bismarck ließ durch Arnim, der mit der Opposition lebhafteste Beziehungen unterhielt, die Zusicherung geben, daß die Regierung die Bischöfe nicht im Stich lassen werde; Beust und Daru mischten sich Anfang Februar ein, indem sie gegen die 21 Verfluchungen protestierten, die, aus den Kernsätzen des Syllabus bestehend, dem Konzil soeben zur Annahme vorgelegt waren. Allein die Unsicherheit der Opposition hätte einer stärkeren Stütze bedurft; sie ließ sich auf allerlei Zugeständnisse ein, und nahm am 24. April in der dritten öffentlichen Sitzung (die beiden anderen, am 8. Dezember und 6. Januar, hatten nur zur Erfüllung von Formalien gedient) nicht allein die Verfluchungen an, sondern auch einen Zusatz, kraft dessen der Papst verworfliche Lehren, auch wenn sie nicht kezerisch seien, vollgültig verdammen konnte. Nur Strossmayer fehlte bei dieser Abstimmung, er, der auch allein Verwahrung erhoben und die Freiheit des Konzils bestritten hatte, als ihm am 22. März während einer von dem häufigen Pfui! seiner Amtsbrüder unterbrochenen Rede das Wort entzogen war.

Mit der Unfehlbarkeit war es inzwischen auch ernst geworden:

Die Geschäftsordnung.

Die Unfehl-
barkeit.

am 6. März war der Entwurf des Dogmas verteilt, bis zum 17. sollten die Einwendungen bei dem betreffenden Ausschusse eingebracht werden. Nun regte sich noch einmal alles, was der Neuerung widerstand. Schwarzenberg, Kauscher, Hefele, Kenrick, selbst Ketteler ließen historische und theologische Erörterungen darüber drucken; die Gesamtheit der Opposition reichte ihre Bemerkungen ein, in denen sie den Abfall der frömmsten Katholiken voraus sagte, den begründeten Zweifel der Regierungen an der staatsbürgerlichen Treue der Unfehlbarkeitsgläubigen hervorhob, die allgemeine Verbreitung des neuen Dogmas bestritt, ja die gerade entgegengesetzte Lehre des christlichen Altertums, die Denkwidrigkeit, die mangelhafte, unredliche, unwürdige Beweisführung seiner Anhänger, die verstümmelten, gefälschten, eingeschobenen, zugestuzten und unechten Belegstellen, auf die sie sich stützen mußten, zur Sprache zu bringen wagte. Es schien, als ob sie damit ihre Schiffe hinter sich verbrannt hätten; auch führten sie in den dreiwöchentlichen Verhandlungen vom 14. Mai bis zum 3. Juni ihre Sache mit Eifer und Geschick. Noch waren 49 Redner zum Worte gemeldet, da beschloß die Mehrheit den Schluß der Generaldebatte und ging über den schriftlichen Protest der 93, die noch zur Opposition hielten, zur Tagesordnung über. Nun beteiligten sich diese nicht mehr an der Einzelberatung, sondern blieben nur deshalb noch in Rom um schließlich ihr Nein zu sprechen. In einer Denkschrift, die letzte Stunde des Konzils, setzten sie die Unzulässigkeit durch Mehrheitsbeschlüsse Dogmen zu schaffen noch einmal auseinander und appellierten von diesem unfreien an ein künftiges freies Konzil; dann kam der Tag der Abstimmung, der 13. Juli. Nur 601 Bischöfe erschienen in der Sitzung, 451 nahmen das Dogma an, 62 verlangten Abänderungen, 88 stimmten mit Nein. Der Wortlaut des Beschlusses sagte, daß der Papst, wenn er ex cathedra, d. h. in Erfüllung seines höchsten Hirten- und Lehramtes, allen Christen eine von der ganzen Kirche anzunehmende Glaubens- oder Sittenlehre verkünde, mit derselben Unfehlbarkeit ausgestattet sei, welche Christus der Kirche verliehen habe; er sei also aus sich selbst heraus unfehlbar. Nun fehlte nur noch ein Schritt: die Wiederholung des Beschlusses in öffentlicher Sitzung in Gegenwart des Papstes, wo keine andere Abstimmung als Ja und Nein galt. Hier zu erscheinen, hier offen und mutig ihr Nein zu sprechen wagten von der ganzen Opposition nur zwei: die meisten waren vorher entschlossen sich zu beugen. Ein kleines Zugeständnis hofften sie noch von dem Papste zu erlangen: sie baten ihn durch eine Deputation an Stelle der Worte: aus sich selbst heraus unfehlbar, doch wenigstens zu setzen: unfehlbar auf Grund des Zeugnisses der Kirche; Ketteler beschwor den Papst, der ganz unschuldig erklärte, er habe das Dogma noch nicht in seiner jetzigen Fassung gelesen, fußfällig um diese Änderung. Aber die Eiferer wollten auch nicht eines Fingers Breite nachgeben. Manning und Senestrey bewogen vielmehr den Papst nun gerade hinter den Worten: aus sich selbst heraus, noch den Zusatz: und nicht in Folge der

Abstimmung
am 13. Juli.

Übereinstimmung der Kirche, zu machen, und in dieser Form ward das Dogma am 18. Juli 1870 mit 547 gegen 2 Stimmen beschlossen.

Unmittelbar darauf vertagte der Papst in Rücksicht auf die Sommerhitze und den deutsch-französischen Krieg, der gerade ausgebrochen war, das Konzil bis zum 11. November. Er durfte annehmen, daß bis dahin die ganze Opposition ihre Unterwerfung vollzogen haben würde. Manche thaten das, wie Ketteler, noch vor ihrer Abreise von Rom; die meisten zögerten etwas länger, am längsten Stroßmayer und Hefele, doch endlich gaben sie alle nach und überließen der deutschen Wissenschaft, den Döllinger, Schulte, Friedrich, den ehrenvollen aber hoffnungsarmen Kampf für die altkatholische Lehre gegen die vernunft- und geschichtswidrige Anmaßung der Neuerer — einen Kampf, in den die deutsche Regierung scheinbar entschlossen eintrat um die Ausnutzung des Dogmas zu politischen Zwecken, um die Erneuerung der mittelalterlichen Machtansprüche des Papsttums gegenüber dem Staate und dem Einzelgewissen zu vereiteln. Dem Dogma als solchem den Krieg zu erklären lag für den Staat kein Anlaß vor; doch seine politischen Folgen abzuschneiden war ein dringendes Gebot der Selbsterhaltung. Keine Regierung war besser gerüstet diesen Kampf aufzunehmen als die deutsche, keine weniger als die Napoleons und mit gutem Grunde wandten sich deshalb alle Sympathien der Kurie dem letzteren zu. Es war für sie ein harter Schlag, daß Deutschland den Sieg behielt und daß infolgedessen das Dogma vom 18. Juli der Ausgangspunkt einer ganz anderen Entwicklung zu werden versprach, als in der Absicht seiner Beförderer gelegen hatte.

Fast geringfügig konnte daneben anfangs der Umstand erscheinen, daß Frankreichs Niederlage dem Papste auch den letzten Rest des Kirchenstaates entriß. Für Italien war das freilich die Hauptsache: seine ganze Politik richtete sich nach der Möglichkeit dieses Ziel zu erreichen. Es wäre zu einem Bündnis mit Frankreich bereit gewesen, wenn Napoleon rechtzeitig Rom als Preis geboten hätte: es benutzte die Demütigung des Kaisers um sich gegen seinen Willen der Beute zu bemächtigen. Kaum war die französische Besatzung Anfang August aus Rom abgezogen, so schickte sich die Florentiner Regierung zu einem Gewaltstreich an; eine Depesche vom 7. September teilte den großen Mächten, ein Brief des Königs vom folgenden Tage dem Papste diesen Entschluß mit. Pius verweigerte natürlich die Zustimmung, die Viktor Emanuel erbat, doch entsagte er auch nutzlosem Blutvergießen. Als General Cadorna, der am 11. September die Grenze überschritten, am 20. vor der heiligen Stadt stand, ließ er ihn um die Anwendung der Gewalt zu konstatieren an der Porta Pia Bresche in die Stadtmauer schießen, zog aber dann seine Truppen in die leoninische Stadt zurück und gestattete unter Protest gegen die sündhafte Beraubung ihre Entwaffnung. Eine Volksabstimmung vom 2. Oktober bestätigte in üblicher Weise mit mehr als 130 000 gegen 1500 Stimmen die Einverleibung

Vertagung
des Konzils.

Abzug der
Franzosen.

Einmarsch der
Italiener.

Das Garantie-
gesetz.

in das Königreich, die das italienische Parlament in den letzten Tagen des Jahres feierlich bekräftigte. Viktor Emanuel selbst besuchte seine künftige Hauptstadt, die vom 1. Juli 1871 ab der Sitz der Regierung werden sollte, am 31. Dezember für wenige Stunden; zu längerem Aufenthalt behagte es ihm dort nicht: er schickte seinen Sohn, den Kronprinzen Humbert um an seiner Stelle den Quirinal zu beziehen, während der Papst im benachbarten Vatikan die Rolle des Gefangenen spielte. Ein Gesetz vom 9. Mai 1871 sicherte dem Oberhaupte der katholischen Kirche umfassende Vorrechte: es sprach ihm eine Rente von $3\frac{1}{4}$ Million Franken zu, gestattete ihm die Haltung einer Leibwache und den gesandtschaftlichen Verkehr, erkannte ihm überhaupt die Stellung eines souveränen Fürsten zu, und verbürgte nicht nur die Freiheit der Konzilien und Konklaven, sondern im allgemeinen die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat im ganzen Königreiche. Unter diesem Schutze konnte der greise Papst sich in den ungemessensten Angriffen gegen die Satanskinder, die Ausgeburten der Hölle, die Trabanten des Teufels in Menschengestalt und welche Ehrentitel er sonst für die italienische Regierung bereit hatte, ergehen, konnte zu Hunderten und Tausenden seine Getreuen empfangen und seinen ganzen Groll gegen die sündhafte Welt auslassen. Vor Behinderungen durch die italienische Regierung war er sicher; sie suchte keinen Streit mit ihm und kümmerte sich auch um die Folgen des Unfehlbarkeitsdogmas nicht; sie hätte auch die Erneuerung des Konzils sehr gern gesehen um aller Welt zu zeigen, wie frei der Papst sei. Aber ebendeshalb verzichtete dieser darauf, und der Orden, der seine Politik leitete, vereinigte alle seine Kräfte dahin unter den Katholiken der einzelnen Länder geschlossene klerikale Parteien zu bilden um mit deren Hilfe die feindlichen Regierungen zu stürzen und einen großen europäischen Kreuzzug vorzubereiten, welcher dereinst auch die weltliche Macht des Papstes wiederherstellen und das mit nichts aufgegebene Ideal der Jesuiten, die unbedingte Herrschaft des Papsttums, d. h. ihre eigene unbedingte Herrschaft über die ganze Christenheit, verwirklichen könnte.

Rußland und der Orient.

Frankreich und
Rußland.

Die Beihilfe, welche sich der französische Kaiser von Italien und dem Papste zu seinem Kriege wider Deutschland versprach, erwies sich also thatsächlich als eine trügerische Hoffnung. Nicht besser erging es ihm mit den Versuchen im übrigen Europa Bundesgenossen zu finden. Am erwünschtesten wäre ihm der Beistand Rußlands gewesen; aber freilich konnte er sich gerade auf den am wenigsten Hoffnung machen und mußte zufrieden sein den Zaren durch anderweitige Verwickelungen an der Unterstützung Preußens zu hindern. Das russische Volk war allerdings, soweit es überhaupt politische Meinungen in europäischen Dingen hatte, nichts weniger als deutschfreundlich gesinnt; die panslawistischen Zeitungen in Petersburg und Moskau liebäugelten vielmehr

beständig mit den Franzosen und zehrten von dem unerschöpflichen nationalen Hasse, zu dem der hundertjährige Einfluß deutscher Staatsmänner und Generale den Grund gelegt hatte; aber der Zar selbst und auch sein Kanzler blieben sich in ihrer deutschfreundlichen Politik getreu, ungeachtet aller Versuche Napoleons sie zu sich herüberzuziehen. Es gab eigentlich nur einen Punkt, der für die, welche Mißtrauen zwischen Preußen und Rußland säen wollten, einigermaßen günstig war, und den sie nicht ohne Geschick benutzten: die überwiegend deutsche Nationalität des Adels und der städtischen Bevölkerung in den russischen Ostseeprovinzen. Man suchte daraus den Schluß zu ziehen, daß Bismarcks nationale Politik ihn notwendig dahin drängen werde diese deutschen Provinzen dem Mutterlande wiederzugewinnen. Daß auf etwa 140 000 Deutsche über zwölfmal so viel Bewohner fremden Stammes kamen, daß die Verteidigungsstellung des Nordbundes durch die Erwerbung des schmalen Küstensaumes unendlich geschädigt werden mußte, daß der liv- und kurländische Adel durchaus kein Verlangen trug seine einflußreiche Stellung in Rußland aufzugeben, alles das wurde möglichst in Dunkel gehüllt und auf der einen Seite kein Versuch gescheut den Zaren mit Argwohn gegen Bismarck zu erfüllen — ein Unterfangen, dessen sogar der hessische Minister von Dalwigk beschuldigt wurde — auf der anderen Seite aber die russische Nationalpartei aufzuheben ihre Russifizierungskünste, die in Litauen und Polen so eifrig betrieben wurden, auch auf die Ostseeprovinzen auszudehnen. In religiöser Beziehung war dies gegenüber den esthnischen Bauern schon in den vierziger Jahren mit äußerlichem Erfolge geschehen; sie waren durch allerlei Vorspiegelungen verlockt gemeindeweise zur griechischen Kirche übergetreten. Allein die neue Glaubensform hatte bei ihnen so wenig innerlichen Anklang gefunden, daß sie den Kaiser massenhaft mit Bittschriften um die Erlaubnis der Rückkehr zu ihrem alten lutherischen Bekenntnis bestürmten. Die wurde ihnen nunmehr trotz der Empfehlung des kaiserlichen Adjutanten Bobrinski, der 1864 im Auftrage des Zaren die Verhältnisse persönlich studiert hatte, schlechthin verweigert; den Slawophilen aber wurde es klar, daß sie tiefer einschneiden mußten um ans Ziel zu gelangen, und sie begannen daher einen förmlichen Feldzug gegen die deutsche Sprache. Vertragsmäßig stand den Ritterschaften und Behörden der Provinzen das Recht zu sich derselben im amtlichen Verkehre zu bedienen: Nikolaus hatte es freilich 1850 durch einen Ukas aufgehoben, aber derselbe war ein toter Buchstabe geblieben. Jetzt verlangte die russische Presse die Erneuerung und Durchführung jenes Befehles, und der Kaiser genehmigte am 13. Juni 1867 einen entsprechenden Antrag der Minister. Dadurch ermutigt erweiterten die Panslawisten ihren Angriff zu einem wahren Sturm gegen die deutschen „Schmarozerbarone, die sich von dem Blute ihrer Bauern mästeten und sich von ihren Musikbanden zwanzigmal die preußische Nationalhymne aufspielen ließen“. Vergebens wandten sich die Bedrohten persönlich an den Kaiser um von ihm die Erhaltung

Die Ostseeprovinzen.

Ihre Privilegien.

Bedrängung
der Deutschen.

des alten Rechtszustandes zu erbitten; ihr Gesuch wurde abgewiesen und im nächsten Jahre verschlimmerte sich die Lage noch durch die Ernennung neuer Gouverneure, die entweder Russen oder doch griechischer Religion waren, und durch beschränkende Maßregeln gegen die Universität in Dorpat und die übrigen Lehranstalten. Deutschland war nicht imstande seinen Stammesgenossen gegen diese Gewaltthaten Hilfe zu leisten, da es ihm an jedem Recht zur Einmischung gebrach und die Klugheit erfolglose Vermittlungsversuche widerrieth. Die öffentliche Meinung billigte daher die Zurückhaltung Bismarcks vollkommen; sie verfolgte mit Teilnahme die erregte litterarische Fehde, die sich zwischen den Vertretern des Deutschtums und den Slawenfreunden erhob; aber sie empfand schon einiges Mißbehagen, als Ende 1867 die Fortschrittspartei die Sache im Reichstage zur Sprache brachte und war sehr zufrieden damit, daß es bei dieser einmaligen Anregung verblieb. Die ganze Frage war unzweifelhaft eine innere Angelegenheit Rußlands und nur ein Umschwung der Parteiverhältnisse oder die bessere Einsicht der Panflawisten konnte den gerechten Beschwerden der Deutschen Abhilfe schaffen.

Rußland und
der Papst.

Die Hoffnung, daß dies bald geschehen werde, war freilich sehr schwach, denn die nationalrussische Partei hatte um diese Zeit den Gipfel ihrer Macht erstiegen. Sie erfreute sich eines unbegrenzten Einflusses bei der Kaiserin und dem Thronfolger; die Ministerien waren fast sämtlich mit ihren Führern oder mit Männern, die wie Gortschakoff sich ihr möglichst anbequemten, besetzt; in Polen, Litauen, Finnland, machte die Russifizierung glänzende Fortschritte. Der Sprachenzwang wurde besonders in Polen unerbittlich durchgeführt; selbst den Krämern und Wirten ward der Gebrauch des Polnischen im Verkehr mit ihren Kunden bei willkürlicher Polizeistrafe verboten; der wichtigste Unterricht mußte in den Schulen russisch erteilt werden, die Warschauer Universität sogar ward ihres nationalen Charakters entkleidet, auch für den Gottesdienst die Anwendung der russischen Sprache geboten. Wohl fehlte es demgegenüber nicht an hartnäckigem Widerstande; aber man wußte ihn in Petersburg zu brechen. Besonders gegen die Geistlichkeit kannte man keine Schonung, sondern verfolgte sie um so unbarmherziger, weil man darin zugleich das einzige Mittel fand seinem Groll gegen Rom Luft zu machen. Die persönlichen Anklagen des Papstes gegen den Zaren, der die Kirche Christi quäle und ihre Getreuen bis zum Tod verfolge, hatten schon 1864 zur Abberufung des Gesandten Kisseleff geführt; ein Geschäftsträger blieb noch bis Anfang 1866 in Rom, kehrte aber dann nach einer heftigen Unterredung, die er beim Weihnachtsempfang mit dem Papste gehabt, gleichfalls zurück, und Ende des Jahres, am 4. Dezember 1866, sagte sich Alexander vollständig von den Verträgen los, die Nikolaus 1847 mit der Kurie geschlossen, und verbot am 22. Mai 1867 der polnischen Geistlichkeit jeden anderen Verkehr mit Rom als den durch Vermittelung des geistlichen Kollegiums in Petersburg. Jeder

Ungehorsam gegen dieses oder gegen andere Gebote wurde unmachtsichtlich gestraft, und nach kurzer Zeit waren fast alle Bischofsstühle in Polen verwaist. Zu spät erkannte man in Rom die schweren Wunden, die man in unkluger Hestigkeit der Kirche geschlagen, und zu ungenügend waren selbst dann die Zugeständnisse, die man bot, als daß eine Ver- söhnung hätte eintreten können. Denn Rußland fühlte durchaus kein Bedürfnis die eingeschlagene Bahn zu verlassen; es hatte richtig genug in dem Katholizismus die Stelle erkannt, an der es das Polentum am tödlichsten verwunden konnte.

Der Sturz der Minister Golownin 1866 und Walujeff 1868 be- freite die Panslawisten von ihren einzigen thätigen Gegnern in der Um- gebung des Kaisers; nur einen Mann wußten sie trotz der Beihilfe des Thronfolgers lange Zeit nicht zu beseitigen, den Grafen Peter Schuwaloff, den Chef der Geheimpolizei, der des Kaisers höchstes Vertrauen genoß, seit er im Jahre 1866 bei einem Attentate, das ein gewisser Karakosoff unternommen, seinen Scharfsinn bewährt hatte; als es ihnen endlich gelang ihn aus Petersburg zu entfernen, geschah es doch auch nur durch seine Ernennung zum Botschafter in London, von wo sie ihn dereinst als Nachfolger des alternden Gortschakoff zurückerwarten mußten. Dieser wußte seinerseits die nationale Partei geschickt zu benutzen ohne sich ihr gänzlich zu verschreiben. Besonders Oesterreich gegenüber konnten ihm die Panslawisten treffliche Dienste leisten. Eine im Mai 1867 in Moskau veranstaltete ethnographische Ausstellung, zu der die österrei- chischen Slawen, deren Hoffnungen gerade durch Belcredis Sturz geknickt waren, Abgeordnete schickten, bot zu sehr verständlichen Kundgebungen gegen den Nachbarstaat bequemen Anlaß: der Zar selbst trug kein Be- denken die Unterthanen des fremden Herrschers als Stammesgenossen sympathisch zu begrüßen. Es war gleichsam die Antwort darauf, daß Beust jenen Vorschlag einer Annäherung an Rußland, den Bismarck ihm durch Tauffkirchen hatte machen lassen, kalt zurückgewiesen und dadurch seine Unversöhnlichkeit von neuem kundgethan hatte. Vielleicht wäre Beust geneigter gewesen sich unter Napoleons Vermittelung mit Gortschakoff zu verständigen, und ein österreichisch-russisch-französischer Dreibund war ein Lieblingsstraum auch der französischen Blätter. Aber davon wollte man in Petersburg nichts hören, und der Zar verlor keine Gelegenheit durch Ordensverleihungen, Trinksprüche, Glückwunschdepeschen seine Teilnahme für König Wilhelm und sein siegreiches Heer auszu- drücken.

Praktisch bethätigte er diese dankbare Gesinnung in der Zurück- haltung, die Rußland in der schleswigschen Frage bewies. Der fünfte Artikel des Prager Friedensvertrages, der Dänemark die Rückgabe der nördlichsten Bezirke von Schleswig in Aussicht stellte, war bislang noch nicht zur Ausführung gekommen, und Oesterreich, das allein ein Recht hatte seine Erfüllung zu fordern, ließ diese Frage, wie alle anderen, in denen es Verletzungen des Friedens erkennen wollte, unerörtert um sie

Erfolge der
Panslawisten.

Oesterreich und
Rußland.

Die schleswig-
sche Frage.

Frankreichs
Einmischung.

zu gelegener Zeit als Beschwerdepunkt gegen Preußen zu verwerten. Die französische Diplomatie beschäftigte sich dagegen lebhaft damit und suchte wenigstens mittelbar, denn zu direkter Einmischung besaß auch sie das Recht nicht, Preußen Verlegenheiten daraus zu schaffen. Bismarck war seinerseits wohl bereit die Abstimmung der Bevölkerung zu veranlassen, verlangte aber zuvor von Dänemark Bürgschaften für die Schonung der deutschen Sprache und Nationalität in den abzutretenden Bezirken und machte davon den Umfang derselben abhängig. Und als darauf der dänische Minister Frijs am 1. Juni 1867 antwortete, daß er keine andere Bürgschaft als die bestehenden Gesetze bieten könne, ließ er nicht allein die Sache ruhen, sondern verbat sich auch einen Einmischungsversuch Frankreichs so entschieden, daß Napoleon seinen Vertreter verleugnete. Seinen Verdruß gab er durch eine Sendung des Handelsministers Behic und durch die Reise einiger getreuen Deputierten und Journalisten kund, die im August in Kopenhagen überschwängliche Verbrüderungsfeste mit den Dänen feierten. Trotz der Hoffnungen, die dadurch erweckt wurden, eröffnete der dänische Gesandte von Quaade aber doch im Herbst, als die Kriegsaussichten, die sich an die Salzburger Zusammenkunft geknüpft, geschwunden waren, in Berlin wiederum Verhandlungen, mit denen preussischerseits Lothar Bucher betraut wurde, den Bismarck trotz seiner demokratischen Vergangenheit Ende 1864 als vortragenden Rat ins auswärtige Amt berufen hatte. Dieser stellte 12 Garantiepunkte auf und verhiess dafür die Abtretung des Landes bis zur Gjenner Bucht; Quaade aber forderte auch Alsen und Düppel und brach, als dies verweigert wurde, im März 1868 die Verhandlungen wieder ab. Gleich darauf begab sich der dänische Kriegsminister Raasbøff mit einigen Offizieren nach Paris und wiederholte diese Reise in demselben Monat April zum zweitenmal, eine Drohung, die man in Berlin um so besser verstand, als Anfang März der Prinz Napoleon zu einem zehntägigen Besuche dort eingetroffen war und die alten Forderungen einer Grenzberichtigung oder der Beihilfe zur Eroberung Belgiens erneuert hatte. Die Abweisung, die ihm zu teil wurde, war für den Kaiser ein neuer Antrieb sich mit den Waffen zu erobern, was ihm Bismarck in Güte verweigerte, und eine der beliebten halboffiziellen Broschüren verkündete Frankreich im Mai, daß die jetzige politische Lage, die nach des Kaisers eigenen Worten weder der Friede mit seiner Sicherheit noch der Krieg mit seinen glücklichen Folgen sei, ein Ende nehmen, daß der Friede durch den Krieg erworben werden müsse.

Griechenland
und Kandia.

Auf Rußlands Beistand rechnete man dabei nicht mehr; aber man glaubte sicher zu sein, daß es Österreich nicht am Eingreifen werde hindern können, weil es selbst in der Türkei stark beschäftigt werden sollte. So ziemlich in allen Vasallenländern der Pforte dauerte die nationale Gärung ungechwächt fort, in Kandia war sie zu hellen Flammen ausgebrochen und konnte, bei geringer Nachhilfe durch eine fremde Macht, leicht zu einem griechisch-türkischen Kriege führen. Als der Aufstand

im Mai 1866 begann, bewies Griechenland allerdings eine große Zurückhaltung: es hatte mit sich selbst nur zu viel zu thun. Die Hoffnungen, die sich an die Revolution von 1862 geknüpft, waren vollständig zu nichte geworden, die Finanzen des Landes lagen so traurig danieder, und die Parteien mit ihren ewig wechselnden Ministerien verfolgten sich so leidenschaftlich wie nur je zuvor. Als aber der kretische Aufstand im Laufe des Sommers Kraft gewann und eine Generalversammlung der Kandioten am 2. September die Vereinigung der Insel mit Griechenland beschloß, trat Deligeorgis, der Minister des Aeußeren in dem damaligen Kabinett Bulgaris, den europäischen Mächten gegenüber für die Hilfesehenden ein, und es begannen der Insel reichliche Unterstützungen vom Festlande aus zuzuschießen. Allein auch der türkische Statthalter Mustapha hatte inzwischen bedeutende Verstärkungen empfangen und kämpfte so glücklich, daß er Ende des Jahres die Empörer für bezwungen hielt. Da er jedoch allzuleichtgläubig darauf verzichtete sich die Waffen auszuliefern zu lassen, war der Aufruhr binnen wenigen Wochen wieder in vollem Gange, und wenn Omer Pascha, der ihn ersekte, bald wieder von Siegen berichten konnte, so erhoben gleichzeitig doch auch Frankreich, Rußland, Preußen und Italien ihre Stimmen zu Gunsten der Besiegten. Von Rußland konnte das umsoweniger wunder nehmen, als König Georg von Griechenland sich soeben in Petersburg mit einer Nichte des Zaren verlobt hatte; Frankreichs Haltung aber stimmte so wenig mit seiner früheren Politik und widersprach so sehr der Osterreichs, mit dem es sich doch gerade über die orientalische Frage in Salzburg verständigt haben wollte, daß es ein fremdartiges Interesse dabei verfolgen mußte. Es lag dem Kaiser daran den Aufstand in Kraft zu erhalten, und er ging darin soweit, daß er Kriegsschiffe nach der Insel entsandte um gemeinsam mit russischen die Frauen und Kinder der Kandioten nach Griechenland zu bringen. Etwa 60 000 Personen wurden dadurch bis Ende 1867 von der Insel weggeschafft, eine Erleichterung, für welche die Aufständischen sehr dankbar waren. Trotz aller Siege Omers und trotz der Reformen des Großveziers Ali Pascha, der selbst mehrere Wochen auf Kandia verweilte, war von wirklicher Unterwerfung keine Rede, und die Pforte bezeichnete unverhohlen Rußland und Griechenland als die Mitschuldigen.

Die Großmächte.

Von Frankreich schwieg sie dabei vorsichtigerweise, als ob sie wirklich glaube, daß nur menschenfreundliche Beweggründe Napoleons diplomatische Einnischung und die Entsendung seiner Kriegsschiffe veranlaßt hätten. Und doch trat gleichzeitig noch an einer zweiten Stelle das geheime Hezen französischer Agenten ans Licht, in Bulgarien. Seit Anfang 1868 drangen von Rumänien aus bewaffnete Banden über die Donau in diese Provinz ein und begannen den Aufstand. Rußland bewies durch die Haltung seiner Presse, zumal der von ihm abhängigen Blätter in den Donauländern, daß es der Sache abgeneigt sei; der rumänische Minister Bratiano unterdrückte sogar die Zeitung der Auf-

Bulgarien und Rumänien.

ständischen in Bukarest und lehnte unter dem Beifall der Kammern jede Förderung der Rebellion ab; nur die Journale, die in französischem Solde standen, erwärmten sich für den Aufstand und suchten zugleich den Glauben zu verbreiten, als ob Preußen hinter Rumänien stünde und dieses durch Waffensendungen zu Gunsten der Bulgaren unterstütze. Augenscheinlich sollte dadurch die preußenfreundliche Stimmung der Magyaren, die von den Rumänen das Schlimmste fürchteten, ertötet und die Zustimmung der ungarischen Minister zum Kriege gegen Preußen erschlichen werden. Einige Judenverfolgungen, wie sie in Rumänien nur zu häufig waren, gaben Beust auch unmittelbar Anlaß zu Beschwerden, weil sich unter den Mißhandelten österreichische Unterthanen befanden. Darauf rüsteten die Rumänen denn wirklich, und die Erhaltung des Friedens war ernstlich gefährdet, obgleich die bulgarische Erhebung mittlerweile von Midhat Pascha ohne große Anstrengung erdrückt war.

Serbien. Die allgemeine Aufregung, welche diese Vorgänge in den Donauländern erzeugten, griff natürlich auch nach Serbien hinüber. Die Regierung Michaels Obrenowitsch gab dem Lande eine größere Stärke, als es sie früher besaßen; die Erfolge, die der Fürst 1862 davongetragen, als er nach dem Belgrader Bombardement die Beschränkung der Türken auf die Festung von Belgrad und ein paar andere Festen erreicht hatte, waren 1867 dadurch vervollständigt, daß auch diese Punkte von den Truppen des Sultans geräumt wurden; nur das Flattern des Halbmonds neben der serbischen Flagge sollte fortan noch die Oberhoheit der Pforte bekunden. Die nationalen Hoffnungen der Serben, die daraus keine geringe Befriedigung schöpften, wurden in Wien und Pest sehr scheel angesehen, und es schien nicht zweifelhaft, daß die österreichisch-ungarischen Staatsmänner einen Umschwung, der den verbannten Karageorgewitsch wieder auf den Thron erhoben hätte, freudig begrüßen würden; für die Mittel, deren sich der Vertriebene bediente, waren sie freilich nicht verantwortlich. Er stiftete in Belgrad eine Verschwörung an, deren Leiter seine zwei Schwäger waren, und ließ den Fürsten am 10. Juni 1868 im Parke von Topschider ermorden. Die Früchte der That sollte er aber nicht ernten. Eine schnell gebildete Regentschaft versammelte schleunigst die Skuptschina und rief in deren Auftrag den jungen Milan Obrenowitsch, einen Großneffen des Milosch, aus Paris, wo er erzogen wurde, herbei um die Regierung zu übernehmen. Die Pforte war damit einverstanden und von den Großmächten erhob keine Einspruch. Die Verschworenen wurden zum Tode, Karageorgewitsch, dessen Auslieferung die ungarische Regierung verweigerte, abwesend zu zwanzig Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Erregung der Gemüter legte sich schneller, als man hoffen durfte, und die Herrschaft des neuen Fürsten, der durchaus in den Bahnen seines Vorgängers wandelte, erwies sich dem Frieden förderlich ohne doch die großserbischen Hoffnungen zu verleugnen.

In Napoleons Absicht lag es aus dem einen oder anderen dieser mannigfachen Bündnisse einen Brand zu entfachen, der Rußland beschäftigen und von Oesterreich abhalten sollte, während dieses gemeinsam mit Frankreich und Dänemark Preußen angriffe. Die große Reise des Prinzen Napoleon, die ihn über Wien und Pest im Mai 1868 nach Konstantinopel führte, hing mit diesen Plänen zusammen, und die Ansammlung polnischer Flüchtlinge in Galizien ließ erkennen, daß auch die Insurrektion Polens mit in Aussicht genommen war. Aber die Zurückhaltung Rußlands verzögerte die günstige Gelegenheit von Monat zu Monat, und als im September eine Revolution in Spanien ausbrach und nicht allein die Königin Isabella, auf deren Truppen Napoleon mindestens zur Besetzung von Rom gerechnet hatte, stürzte, sondern auch Frankreich mit gefährlicher republikanischer Nachbarschaft bedrohte, da ließ der Kaiser die Fäden, die er angesponnen, fallen und bot die Hand dazu den Orient wiederzuberuhigen. Das dringendste war die Beilegung des griechisch-türkischen Konfliktes. Dieser hatte das ganze Jahr 1868 hindurch andauert; das Ministerium in Athen sprach un-
 verhohlen seine Teilnahme für die Kandioten aus, ja Delhannis, der Minister des Aeußeren, erklärte die Erwerbung der Insel rundweg für das Ziel seiner Politik. Das hatte denn auf der einen Seite neue Freiwilligenzüge und Munitionsendungen zur Folge, auf der anderen Seite aber riß jetzt der Pforte die Geduld. Ein Ultimatum vom 11. Dezember forderte die Verhinderung der Freischärlerzüge und die Entwaffnung der drei Privatkriegsschiffe, die den Verkehr mit der Insel vermittelten, und als Griechenland dies Verlangen zurückwies, wurde nicht allein der türkische Gesandte abberufen, sondern auch allen Hellenen geboten binnen 14 Tagen die Türkei zu verlassen. Einige Monate früher würde Napoleon diesen Bruch mit Freuden begrüßt haben; bei der friedfertigen Stimmung, die jetzt in den Tuileries herrschte, nahm er einen Vorschlag, den Bismarck am 19. Dezember machte und den Rußland sofort unterstützte, an und lud die Unterzeichner des Pariser Friedens auf den 9. Januar 1869 zu einer Konferenz nach Paris ein. Da der griechische Gesandte, Rhizos Rhangabe, der nur Sitz aber keine Stimme haben sollte, sich der Teilnahme völlig enthielt, so wurde der Protokollführer der Konferenz, der jüngere Graf Walewski, nach Athen entsandt um im Namen der Mächte die Erfüllung der türkischen Forderungen zu verlangen; nur das demütigende Versprechen fortan das Völkerrecht beobachten zu wollen wurde den Griechen erlassen; für die übrigen Punkte aber trat der Zar auch noch in einem eigenhändigen Schreiben an König Georg ein. Dieser entließ demgemäß am 2. Februar das Ministerium Bulgariis-Delhannis und beugte sich dem Ausspruch der Konferenz. Das Verhältnis zur Pforte blieb selbstverständlich auch nach der Wiederanknüpfung der diplomatischen Verbindungen sehr kühl, aber vor solch leichtfertigen Herausforderungen wie in der kandiotischen Sache hüteten sich doch die Ministerien der nächsten Jahre, so viel ihrer

Frankreich und
der Orient.Der griechisch-
türkische Kon-
flikt.Die Pariser
Konferenz.

waren. Verwickelungen mit anderen Mächten, besonders mit England, das im April 1870 Genugthuung für die Ermordung mehrerer Briten in den Bergen von Marathon verlangte, besonders aber der Stoß, den der unbedingte Glaube an russische Hilfe erlitten, trugen zu dieser vorsichtigen Haltung wohl mehr bei als die klare Einsicht, daß man Ordnung im Inneren schaffen müsse, ehe man eine Vergrößerung des Königreichs erstrebe. An der Politik des Zaren war man ganz irre geworden. Überall hatte Alexander die sonst so eifrig beförderten nationalen Bestrebungen zurückgewiesen; er hatte in Bukarest im Oktober 1868 den Rücktritt des beliebten Ministeriums Bratiano-Golesco und seine Ersetzung durch den konservativen Rogolnitscheano zugegeben; er schlug 1869 dem Fürsten Nikita von Montenegro trotz einer Reise nach Petersburg die Vergrößerung seines Ländchens durch den Hafen von Spizza ab; ja er drängte 1869 durch seinen Gesandten Ignatieff die Pforte zu einem Ferman, durch den sie die Losreißung der Bulgaren von dem griechischen Patriarchat und die Begründung einer selbständigen bulgarischen Kirche genehmigte, und dadurch die griechischen Zukunftsträume um so rauher störte, als die kirchliche Gemeinschaft das einzige war, worauf sich der Anspruch die slawischen Bulgaren dereinst dem großen hellenischen Reiche einzuverleiben stützen konnte.

Rußlands
Zurückhaltung.

Türkische
Reformen.

Rußland aber ließ sich von der Mißstimmung in Athen umso weniger beeinflussen, als es in der Stunde der Not doch immer der einzige Helfer war, den Griechenland anrufen konnte. Mit unerschütterlichem Gleichmut sah es den Vorgängen auf der Balkanhalbinsel zu: alle Reformversuche, die Ali und Fuad Pascha unternahmen, erweckten nicht die Befürchtung, daß sie zu gedeihlichen Ergebnissen führen könnten. In der That hatte die Pforte die böse Wahl zwischen den nützlichen, aber unausführbaren Ratschlägen Frankreichs, und den ausführbaren, aber verderblichen des Petersburger Kabinetts. Frankreich meinte durch die Hereinziehung der Christen in die Verwaltung die Verschmelzung der verschiedenen Stämme zu einem Ganzen befördern zu können; Rußland empfahl in jedem einzelnen Falle den beschwerdeführenden Provinzen eine größere Selbständigkeit zu geben, was den Zerfall des Reiches natürlich beschleunigen mußte. Sultan Abdul Aziz war persönlich ein Alttürke durch und durch und von bitterem Haß gegen das Abendland erfüllt, das hinderte ihn jedoch nicht aus den militärischen und nautischen Erfindungen der Europäer Nutzen zu ziehen und mit Hilfe immer neuer Anleihen seine Armee vortrefflich zu bewaffnen und eine Panzerflotte von erheblicher Stärke zu erwerben. Weniger geschah für die Ausbildung und Disziplinierung der Truppen; ja anfänglich ließ sich der Sultan durch seinen Haß gegen das Ausland dazu verleiten das Offiziercorps durch die Entfernung der zahlreichen und tüchtigen ungarischen und polnischen Flüchtlinge vollständig zu desorganisieren, eine Maßregel, die der Kriegsminister Mehemed Ruschdi Pascha aber doch wieder rückgängig zu machen verstand. Überhaupt hatte der Sultan das Glück,

daß ihm während des ersten Jahrzehnts seiner Regierung in Ali und Fuad, zwischen denen das Großvezierat wechselte, einsichtige und reformfreundliche Ratgeber zur Seite standen. Beide hielten überdies treu zusammen, so daß der eine stets Minister des Aüßeren war, wenn der Sultan den anderen zum Großvezier berief. Eine Menge tiefgreifender Verfügungen im französischen Sinne erging während der Jahre 1867 und 1868. Das ganze Reich wurde in Verwaltungsbezirke eingeteilt, ein oberster Verwaltungs- und Justizrat, im Mai 1868 auch ein Staatsrat begründet und der Eintritt in alle Unter allen Glaubensbekenntnissen eröffnet. Eine Reise des Sultans zur Pariser Ausstellung von 1867, ein Besuch an den Höfen von London und Wien, eine Zusammenkunft mit dem Könige von Preußen in Koblenz — unerhörte Ereignisse in dem Leben eines Sultans — gewährten dem Herrscher selbst einen Einblick in die europäische Civilisation; auch die späteren Sultane, Murad und Abdul Hamid, seines Bruders Abdul Medschid Söhne, mußten ihn dabei begleiten; aber segensreiche Folgen für seine Unterthanen ergaben sich daraus nicht. Die Kosten der Reise mußten die Beamten bestreiten, denen der sechste Teil ihres Gehaltes abgezogen wurde, und der rettungslose Verfall der Finanzen, der auch durch diese Thatsache beleuchtet wurde, schnitt jede Möglichkeit die widerwilligen christlichen Unterthanen ohne Druck zu regieren und so vielleicht zufrieden zu stellen von vornherein ab.

Aber auch mit seinem mächtigsten muhamedanischen Vasallen, dem Ägypten. Bizekönig von Ägypten, lag der Sultan fast ununterbrochen in Streit. Ismail Pascha, der seinem Bruder Said im Januar 1863 in der Regierung gefolgt war, entwickelte eine große Kühnigkeit um die Beziehungen Ägyptens zu den europäischen Völkern zu mehren und die zu der Pforte abzuschwächen. Er hatte von seinem Vorgänger als Aufgabe die Vollendung des großen Kanales übernommen, den Ferdinand von Lesseps auf Grund eines Vertrages von 1856 zwischen Suez und Port Said am Mittelmeer erbaute. Ohne Zweifel versprach das Riesenwerk dereinst zum Aufschwunge Ägyptens in großartigem Maße beizutragen; zunächst aber verschlang es nicht allein die 200 Millionen Franken, die größtenteils in Frankreich auf Aktien gezeichnet waren, sondern noch beinahe 300 Millionen darüber, und diese 300 Millionen wurden nur zur kleineren Hälfte durch nachträgliche Anleihen zu Lasten des Kanals, zur größeren Hälfte aber durch Zuschüsse des Bizekönigs gedeckt, der sich dadurch tief in Schulden stürzte. Der Sultan mochte aus diesem Grunde die Fortsetzung des Baues nicht ungern sehen und ihn als eine Schwächung des ehrgeizigen Vasallen betrachten, die sich bei dem wahrscheinlichen Mißlingen des Unternehmens durch keinen späteren Vorteil wiederausgleichen werde. Längere Zeit hindurch behandelte man daher Ismail in Konstantinopel sehr wohlwollend; man gestattete ihm im Mai Ismail Pascha. 1866 gegen eine Erhöhung des Tributes und reichliche Geldgeschenke die Änderung der Erbfolge in seiner Familie, so daß fortan der älteste

Konflikt mit
dem Sultan.

Eröffnung des
Suezkanals.

Sohn und nicht mehr der älteste Verwandte den Thron besteigen sollte; man zeichnete ihn vor den übrigen Paschas durch den Titel Khediv d. h. Herrscher aus und räumte ihm das Recht ein bei besonderen Anlässen unter Aufsicht der Pforte Agenten an die fremden Höfe zu schicken. Diese günstige Stimmung verschlechterte sich aber, je näher die Vollendung des Kanals rückte und je mehr man durch Mustapha Fazyl Pascha, den Bruder des Khediv, der durch die Erbfolgeordnung des Thronrechts beraubt und dadurch bitter mit Ismail verfeindet war, auf die großen Rüstungen aufmerksam wurde, welche dieser trotz seiner Geldnot veranstaltete. Panzerfregatten, Armstrongkanonen, Chassepotgewehre wurden in Frankreich, England und Oesterreich bestellt, Anleihen gemacht, die bis 1868 die Schuldenlast auf 43 Mill. Pfund brachten, die Armee beständig vermehrt und durch Kriege gegen Darfur, Abessinien und die Völker am oberen Nil in den Waffen geübt. Bei alledem ließ sich doch kein triftiger Grund finden um den Vizekönig zur Verantwortung zu ziehen; denn er überbot sich in Versicherungen der Treue und in Gefälligkeiten gegen den Sultan und wußte schlimmsten Falls den guten Eindruck seines geschmeidigen Benehmens durch wohlangebrachte Bestechungssummen zu unterstützen. Als er aber im Sommer 1869 eine Rundreise an die europäischen Höfe antrat um die regierenden Fürsten zu der Einweihung des Kanals einzuladen, und dabei sowohl persönlich wie durch seinen Minister des Äußeren, Kubar Pascha, die Oberhoheit des Sultans völlig in Vergessenheit zu bringen wußte, riß diesem die Geduld, und Ali Pascha rief dem Pascha nicht allein in einer scharfen Note seine Abhängigkeit ins Gedächtnis zurück, sondern verlangte auch am 29. August die Ablieferung von 200 000 Gewehren, die Aufbestellung der im Bau begriffenen Panzerschiffe, die Herabminderung des Heeres auf die vertragsmäßigen 30 000 Mann, die Einwendung des jährlichen Budgets, das Ismail seit 1866 durch eine Scheinvertretung des Volkes beraten ließ, die Einholung der großherrlichen Erlaubnis bei etwa erforderlichen Anleihen und endlich auch noch die öffentliche Verlesung des Fermans, in dem ihm alles dies befohlen wurde. Der Khediv, dem zu dieser Zeit nichts mehr am Herzen lag als die Eröffnung des Kanals durch die Anwesenheit europäischer Fürsten möglichst zu verherrlichen, machte nichtsdestoweniger Anstalt sich zu widersetzen; er rechnete darauf, daß der Sultan die Heimkehr der christlichen Souveräne abwarten werde, ehe er zur Gewalt seine Zuflucht nehme, und täuschte sich darin auch nicht. Unter der Teilnahme des Kaisers von Oesterreich, der Kaiserin von Frankreich, des Kronprinzen von Preußen und anderer Fürstlichkeiten konnte er am 16. November 1869 die Eröffnung des Kanals vollziehen. Vor der feierlichen Einweihung beriet ein internationaler Handelskongreß in Kairo über die förderlichsten Bestimmungen zur Hebung des Verkehrs auf der neuen Wasserstraße: obenan stand die Neutralität des Kanals und die Zollfreiheit der Waren; zur Verzinsung der Anlagelosten sollten nur die

Tonnengelder dienen, die auf 10 Franken festgesetzt wurden. Die Höhe dieser Abgabe beeinträchtigte die Benutzung des Kanals allerdings, aber trotzdem stieg sie schnell von etwa 500 Schiffen mit einer halben Million Tonnen im Jahre 1870 auf beinahe 7600 Fahrzeuge mit 13 $\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen im Jahre 1876.

Weitaus am stärksten, zu etwa zwei Dritteln, benutzte England die neue Straße, obgleich es sich am wenigsten an dem Bau beteiligt und ihm sogar, wo es nur konnte, Schwierigkeiten in den Weg gelegt hatte. Seine Abneigung gab sich auch äußerlich dadurch kund, daß kein Mitglied des Herrscherhauses der Einweihung beiwohnte; ernsthafter und gefährlicher für den Khediv war es aber, daß der englische Gesandte in Konstantinopel den Sultan zur Aufrechterhaltung aller Forderungen, die Ali Pascha gestellt hatte, ermutigte; wollte Ismail es nicht auf einen Krieg ankommen lassen, so mußte er sich fügen, seine neuen Schiffe und Waffen auszuliefern und den Ferman verkündigen. Nach einigem Bedenken entschloß er sich dazu und bereitete sich nur die Genugthuung das Aktenstück in türkischer Sprache verlesen zu lassen, so daß kaum einzelne der Anwesenden den Inhalt verstanden. In der Verfolgung seiner politischen Ziele ließ er sich auch fernerhin nicht im mindesten beirren; selbst der große europäische Umschwung, der seine französischen Freunde außerstand setzte ihm weiter behilflich zu sein, erschreckte ihn nicht, sondern bewog ihn nur sich England mehr zu nähern und auf ein gutes Verhältnis zu Italien, Deutschland und Rußland zu sehen. Einen Augenblick hatte es sogar den Anschein gehabt, als ob der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges auch im Orient die lange verzögerte Katastrophe herbeiführen werde, und in allen Vasallenländern erwachten deshalb neue Hoffnungen. In der That war die russische Diplomatie im Sommer 1870 geschäftiger als je um in Montenegro, Serbien, Rumänien alles für den Kriegsfall vorzubereiten. Allein in Wahrheit wollte sie damit nur Vorsorge für die schlimmsten Möglichkeiten treffen: ihr unmittelbares Ziel war sehr viel bescheidener und bestand nur darin die Beschränkungen zu beseitigen, denen sich Rußland 1856 in betreff seiner Seemacht im Schwarzen Meere hatte unterwerfen müssen. Da England, Oesterreich und Frankreich sich damals durch den Vertrag vom 5. April verpflichtet hatten alle Bestimmungen des Pariser Friedens mit den Waffen zu verteidigen, so war der Zeitpunkt, in dem Frankreich zur Erfüllung dieser Verpflichtung unfähig war, zu verlockend, als daß Gortschakoff ihn sich hätte entchlüpfen lassen mögen. Während die unruhigen Bewegungen in den Vasallenländern die Pforte einschüchterten, rückte Ignatieff in Konstantinopel mit Anträgen hervor, die in der einen oder der anderen Form die Aufhebung der Neutralität des Schwarzen Meeres bezweckten. Die türkischen Staatsmänner erschrafen darüber nicht wenig und suchten Hilfe in London und Wien. Allein so sehr man beiderorten die russischen Pläne haßte, so wenig hatte man den Mut zu ihrer Vereitelung die Waffen zu ergreifen. Besonders

Die Neutralität des Schwarzen Meeres.

in Wien fürchtete man sehr sich dadurch auch mit Deutschland in einen Krieg zu verwickeln. Hatte der Zar doch auf Erkundigungen nach der Bedeutung seiner Rüstungen erwidert, daß dieselben auf alle Fälle nicht gegen Preußen gerichtet seien, während General von Schweinitz, der preußische Gesandte in Wien, dem ungarischen Ministerpräsidenten Andrassy, der sich wiederholt um eine Annäherung zwischen Wien und Berlin bemühte, stets die Bemerkung entgegenhielt: Aber unsere Freundschaft mit Rußland müssen wir beibehalten! Der Gedanke lag also nahe, daß ein förmliches Abkommen zwischen Bismarck und Gortschakoff getroffen sei, und dem die Stirne zu bieten fühlte sich Beust außerstande. Daß England einen Krieg zu Gunsten der Türkei nicht ohne den Beistand einer großen Landmacht unternehmen könne, war selbstverständlich, und so lagen die Verhältnisse also für Rußland ungemein günstig. Gortschakoff verlor daher nicht länger Zeit mit vergeblichen Verhandlungen in Konstantinopel, sondern erklärte in einem Rundschreiben vom 31. Oktober 1870 kurzab, daß sich sein Herr nicht länger an die Bestimmungen über die Neutralität des Schwarzen Meeres gebunden erachte. Obgleich die Diplomatie seit Monaten auf diese Erklärung vorbereitet war, beantwortete sie dieselbe doch mit einer Flut von Drohungen und Protesten; jedermann aber war damit zufrieden, daß Bismarck den Zusammentritt einer Konferenz in London vorschlug, auf welcher die einseitige Maßnahme Rußlands geprüft, und das hieß unter den obwaltenden Umständen nichts anderes als: bestätigt werden sollte. Sie trat im Januar 1871 zusammen. Rußland gab gleich in der ersten Sitzung vom 17. seine Zustimmung zu einer Erklärung, daß keine Macht das Recht besitze sich einseitig von einem Vertrage loszusagen — der beste Beweis, daß es schon jetzt die Gewißheit hatte mit seinen Forderungen durchzudringen. Die Einzelberatungen boten allerdings noch manche Schwierigkeiten, doch kam am 13. März 1871 der neue Vertrag zustande, der die Bestimmungen von 1856 aufhob, die Durchfahrt fremder Flotten durch die Dardanellen und den Bosphorus an die Zustimmung des Sultans knüpfte, Rußland aber volle Freiheit zurückgab an den Küsten des Schwarzen Meeres so viele Schiffe zu bauen wie es für angemessen hielt. Der Sultan fügte sich in die unangenehme Zwangslage mit vielem Anstande, und weit entfernt davon mit dem Zaren ob dieser Niederlage zu schmollen zeigte er vielmehr von da ab wieder ein unverkennbares Bestreben sich mit dem Petersburger Kabinett auf guten Fuß zu setzen, während der Einfluß seiner drei Verbündeten, die ihm doch in der Not nicht hatten helfen können, ersichtlich schwächer wurde.

Londoner
Konferenz.

England und Belgien.

Am empfindlichsten war das für England, das sich durch die große Zurückhaltung seiner Staatsmänner in allen auswärtigen Fragen mehr

Englands
innere Politik.

und mehr um jeden Einfluß auf die politische Entwicklung Europas gebracht sah. Auch der Gang der inneren Politik trug nicht den Stempel eines großen entschlossenen Geistes, sondern den eines Marktes und Feilschens der Parteien, das in der Regel nur zu Halbheiten führte. Für das Gladstone'sche Kabinett, das seit Dezember 1868 die Geschäfte leitete, war die dringendste Verpflichtung die Lage der Staatskirche und der Pächter in Irland zu regeln, eine Verpflichtung, die nicht leicht wog, da die Lords mit seinem Programm sehr unzufrieden waren und im Unterhause die beiden Flügel der ministeriellen Mehrheit in gerade entgegengesetztem Sinne daran herumzubessern suchten. Zur Ordnung der kirchlichen Verhältnisse brachte Gladstone am 1. März 1869 eine Bill ein, welche die Entstaatlichung und Entpfründung der irischen Kirche verfügte. Eine königliche Kommission sollte vorübergehend die Verwaltung des Vermögens übernehmen bis die Geistlichen und Gemeinden aus sich heraus eine Vertretung geschaffen hätten, der alsdann — und zwar wurde der 1. Januar 1871 als Termin angenommen — von den 16 Millionen Pfund, auf die das Vermögen der irischen Staatskirche geschätzt wurde, reichlich 6 Millionen übergeben werden sollten; von den übrigen zehn Millionen waren zwei für die Presbyterianer und Katholiken Irlands, acht für gemeinnützige Anstalten wie Krankenhäuser, Taubstummenschulen u. s. w. bestimmt. Nach langwierigen Debatten wurde diese Vorlage am 31. Mai mit 361 gegen 247 Stimmen vom Unterhause genehmigt, während die Lords sich anschickten sie durch Zusätze und Änderungen so zu verstümmeln, daß sie der Unterhausmehrheit nicht mehr zusagen konnte. Die Entrüstung darüber war im ganzen Lande groß; ernstlich wurde die Frage erörtert, ob ein Oberhaus, das so im Widerspruch mit dem Willen des Volkes und der Krone handele, berechtigt sei noch länger zu bestehen: John Bright ließ sich durch seine Stellung im Ministerium nicht abhalten in einem Briefe an seine Wähler das schlechthin zu verneinen. Indes den aristokratischen Elementen in der Unterhausmehrheit wie in der Regierung waren solche Angriffe auf das Haus der Lords nicht minder unlieb als diesem selbst, und daraus entsprang der lebhafteste Wunsch nach irgend einer gütlichen Verständigung. Der alte Derby und die strengen Tories verweigerten zwar jedes Entgegenkommen; aber Disraeli und im Oberhause Lord Cairns ließen mit sich handeln und waren bereit die Entstaatlichung der Kirche zuzugeben, wenn ihre Dotation statt auf sechs auf zwölf Millionen gesetzt werde. Das Ministerium ging darauf ein und brachte auch die demgemäß veränderte Bill am 22. Juli 1869 bei den Lords, am folgenden Tage bei den Gemeinen durch. Wirklich befriedigt wurde durch sie jedoch niemand; denn während die Freunde der Staatskirche über ihre gesetzliche Herabwürdigung klagten, fanden die Iren, daß ein Vermögen von 12 Millionen Pfund im Besitz einer religiösen Körperschaft von etwa 600 000 Mitgliedern dieser noch immer eine Macht lasse, gegen die keine andere Religionsgenossenschaft ankämpfen könne.

Die irische
Staatskirche.

Die irische
Landfrage.

Noch bescheidener als in der Kirchenfrage drohten die Erfolge der Liberalen in der Landfrage auszufallen. Von der gründlichen Revolution der Ackerverhältnisse, die Stuart Mill verlangt, war in Regierungskreisen selbstverständlich keine Rede: als John Bright für die Pächter das Recht forderte ihre Pachtungen gegen eine bestimmte Ablösungssumme in freies Eigentum zu verwandeln wollten seine Kollegen nichts davon wissen. Die Vorlage des Ackergesetzes erfolgte auch nicht mehr in der Session von 1869, sondern erst 1870; die wichtigste Bestimmung war, daß die Pächter bei der Erwerbung eigenen Landes vom Staate unterstützt werden sollten; auch wurde die Form der Pachtverträge zu ihren Gunsten gebessert, die willkürliche Kündigung erschwert und die Erstattung der Aufwendungen für Neubauten u. dergl. bei Ablauf der Pachtzeit gesetzlich verbürgt. Erheblichen Einfluß auf die Beruhigung der öffentlichen Meinung in Irland hatte dieses Gesetz doch nicht. Die Ermordungen von Gutsherren, die Zusammenrottungen, die Kundgebungen für die Losreißung von England dauerten fort, und neben der fenischen Partei, die von der Begründung einer irischen Republik träumte, verstärkte sich die parlamentarische, die unter der Führung von Butt, Sullivan u. a. die selbständige Regierung (home rule) der Insel verlangte und in der föderativen Gestaltung der Schweiz, Österreichs, Deutschlands die Beweise für die Durchführbarkeit ihrer Pläne finden wollte.

Die auswärtige
Politik.

Nur für diese Partei, die kein geringes Gewicht besaß, konnte die Zukunft möglicherweise Erfolge im Schoße tragen; für die Fenier war die einzige Hoffnung, die sie hegen konnten, geschwunden, als England und die Vereinigten Staaten sich durch den Abamavertrag ausöhnten: ohne fremde Hilfe ließ sich die irische Republik nun einmal nicht ins Leben rufen, und sich auf europäische Hilfe Aussicht zu machen dazu waren selbst die Fenier nicht hoffnungsfelig genug. Dank seiner Zurückhaltung besaß England zwar kaum irgendwo auf dem Festlande warme Freunde, aber ebensowenig stieg der Unwille über seine laue Politik bis zu erbitterter oder gar kriegslustiger Feindschaft. Man hatte sich daran gewöhnt die britischen Staatsmänner als wohlwollende aber thatenscheue und kaum beachtenswerte Zuschauer bei allen Dingen, die sie nicht ganz unmittelbar betrafen, anzusehen. Wie sehr dies Urteil berechtigt war, bewies Clarendon, der Minister des Aüßeren, besonders handgreiflich im Februar 1870, als er sich von Ollivier gewinnen ließ in Berlin eine Entwaffnung vorzuschlagen. Weder das gänzlich verschiedene Wehrsystem der beiden Großmächte noch die Erwägung der Verantwortlichkeit, die er auf sich lud, wenn er Preußen in eine französische Falle lockte, noch die Thatsache, daß Bismarck gleichartige Anforderungen bereits zweimal zurückgewiesen hatte und der Vorschlag deshalb von vornherein aussichtslos war, hielt ihn zurück in Berlin das Unmögliche zu befürworten. Die Enttäuschung, die ihm der plötzliche Ausbruch des Krieges bereitet haben würde, erlebte er nicht mehr,

Clarendons
Abrüstungs-
vorschlag.

da er ein paar Tage vorher, am 27. Juni 1870, starb. Allein auch aus den Erfahrungen seiner jüngsten Amtsführung hätte er die Unzuverlässigkeit der französischen Politik genugsam kennen lernen können, da Napoleon selbst den einzigen Punkt, an dem die englische Diplomatie trotz aller sonstigen Gleichgültigkeit höchst empfindlich blieb, die Unabhängigkeit Belgiens, versteckterweise anzugreifen sich nicht bedacht hatte.

Im Frühjahr 1868, also noch zur Zeit des letzten Toryministeriums, erwarb nämlich die französische Ostbahngesellschaft das Eigentum der Wilhelmsbahn in Luxemburg und einer Zweiglinie nach Spaa; schon das erregte Aufsehen, weil das Geschäft von seiten der Käuferin ein sehr schlechtes war; aber noch ehe das Jahr zu Ende ging, tauchte das Gerücht auf, daß dieselbe Gesellschaft auch mit mehreren belgischen Kompagnien in Verhandlung stehe und im Begriff sei die Linien von Luxemburg nach Brüssel und von Lüttich an die holländische Grenze zu erwerben. Da auch das bei der schlechten Verzinsung aller dieser Bahnen nur mit großem Schaden geschehen konnte, lag der Argwohn nahe, daß politische Gründe und nicht geschäftliche Interessen dabei maßgebend seien. Der leiseste Zweifel daran schwand, als man vernahm, daß die französische Regierung die Zinsgarantie von $4\frac{1}{2}$ Prozent, die sie der Ostbahn für ihre alten Linien leistete, auch auf diese belgischen Strecken, die kaum 3 Prozent trugen, ausdehnen werde. Offenbar hoffte Napoleon durch den Besitz dieser Bahnen einen solchen Druck auf Belgien ausüben zu können, daß es sich dem Eintritt in ein Zollbündnis mit Frankreich nicht zu entziehen vermöge; für den Fall eines Krieges mit Deutschland aber konnte er mittels dieser Linien einen Teil seiner Truppen in die rechte Flanke der preussischen Armee werfen und diese schon durch die bloße Drohung im Vorrücken behindern. Mit der Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens war es jedenfalls schlecht bestellt, wenn das scheinbar so unschuldige Projekt zur Ausführung gelangte.

Das Brüsseler Kabinett faßte die Sache von vornherein so auf und erklärte, daß es diese Kaufverträge nicht zur Ausführung kommen lassen werde. Nichtsdestoweniger schlossen die beteiligten Bahnen am 31. Januar 1869 ihr Geschäft ab. Darauf brachte Frère-Orban, der an der Spitze der Regierung stand, am 13. Februar ein Gesetz ein, das jeden Verkauf von Eisenbahnen von der Genehmigung des Ministeriums abhängig machte, und Abgeordnetenkammer wie Senat nahmen diese Bestimmung mit großen Mehrheiten an. Allerdings fiel nun die französische Presse in gewohnter Heftigkeit über die undankbaren Nachbarn her; aber die Gesetzmäßigkeit des Verfahrens war in keiner Weise anzutasten, und überdies trat England sofort mit ungewöhnlicher Entschiedenheit für Belgien ein. Alles, was sich erreichen ließ, war daher ein geordneter Rückzug. Den schlug Napoleon ein, indem er die Einsetzung einer belgisch-französischen Kommission befürwortete, die über Betriebserleichterungen auf den fraglichen Bahnen beraten sollte. Das zu verweigern hatte Belgien keinen Grund; es räumte sogar in einer Über-

Die belgischen
Eisenbahnber-
träge.

Einpruch
der belgischen
Regierung.

Der Pariser
Vertrag.

einkunft vom 10. Juli der Ostbahn das Recht ein durchgehende Züge mit französischem Personal bis nach Rotterdam zu schicken und baute dadurch dem Feinde eine goldene Brücke, für die er allen Grund hatte dankbar zu sein.

Bismarck hatte sich bei diesen Verhandlungen vollständig zurückgehalten und die Sorge Belgien in seinem Widerstande zu kräftigen den englischen Staatsmännern überlassen. Den leidenschaftlichen Angriffen der französischen Presse entging er dadurch freilich nicht; denn in Paris war es zum Glaubensartikel geworden, daß überall, wo Frankreich etwas unangenehmes widerfahre, der preußische Staatsmann die Hand im Spiele habe. Auf dieser Voraussetzung, die man durch zahlreiche phantastische Beispiele glaubte belegen zu können, baute sich endlich, da man sie auch auf die Wirren, in denen Spanien lag, übertrug, die verleumderische Anklage auf, mittels deren der lange verzögerte Krieg nun doch mutwillig heraufbeschworen wurde.

Die spanische Revolution.

Der maro-
tanische Krieg.

Spanien hatte während der ersten Hälfte der sechziger Jahre mehr auswärtige Kriege geführt als irgend ein anderer Staat. Erfolgreicher und rühmlicher als die Kriege in Mexiko und San Domingo, in Chile und Peru war der ihnen vorangegangene Feldzug gegen Marokko, den die Kiffpiraten im August 1859 durch einen Einfall in das spanische Gebiet von Ceuta provozierten, und den D'Donnell im Februar 1860 durch die Eroberung von Tetuan und am 25. März durch einen ehrenvollen Frieden beendete. Der Eindruck aller dieser kriegerischen Vorgänge war für Spanien durchaus günstig, das Land schien kräftiger und gesünder zu sein, als man bei dem wirren Parteitreiben hätte annehmen sollen; Napoleon versiel sogar auf den Gedanken es feierlich unter die Großmächte aufzunehmen, indem er hoffte sich an ihm einen treuen Verbündeten zu erwerben. Allein in Wirklichkeit war die Zerüttung des öffentlichen Lebens auch unter D'Donnells straffem Regimente nicht geringer geworden, und als er im Februar 1863 das Staatsruder niederlegen mußte, weil seine mexikanische Politik Napoleons Zorn erregt hatte, begann für reichlich zwei Jahre wieder ein Wettlauf nach den Ministerien, in dem je länger je mehr die Führer der reaktionären Parteien, Miraflores, Arrasola, Mon, Narvaez, den Sieg behielten. Die Königin Isabella war bei alledem ziemlich wenig beteiligt. Sie stand vollkommen unter dem Einflusse ihres Geliebten Marfori und einer frömmelnden Umgebung, in der der Beichtvater Claret und die Nonne Patrocínio die Hauptrolle spielten. Verfolgungen der wenigen Protestanten, die es in Spanien gab, Begünstigung der klerikalen Interessen, Pläne zur Wiederherstellung der päpstlichen Macht, das waren die Bedingungen, unter denen die einzelnen Ministerien sich den Beistand der Camarilla erkaufte. Die Wahlen zu den Cortes fielen regelmäßig im Sinne

Parteitreiben.

derjenigen Regierung aus, die sie ausschrieb, ohne daß deren Nachfolger deshalb daran zu verzweifeln brauchten auch für ihre Pläne die Mehrheit zu gewinnen. Politische Gesinnungstreue war äußerst selten zu finden und selbst politischer Ehrgeiz außerhalb des Militärs nicht häufig; einzelne Professoren der Madrider Universität, wie Emilio Castelar, der 1865 darüber seine Stelle einbüßte, bildeten seltene Ausnahmen. Aus dem Schoße der Armee gingen dafür revolutionäre Versuche um so häufiger hervor; einer derselben wurde im Juni 1865 von Narvaez rechtzeitig entdeckt, allein die große Anzahl und Verbreitung der Verschworenen und der Umstand, daß ihr Haupt, der General Prim, sich noch außer Landes befand, bewogen Narvaez zurückzutreten und die Regierung wieder dem Marschall O'Donnell zu überlassen. Dieser räumte mit den reaktionären Gesetzen der beiden letzten Jahre schnell auf, stellte die Pressefreiheit wieder her, erkannte das Königreich Italien an, entfernte Claret und die Patrocinio aus der Nähe der Königin, konnte jedoch durch alle diese Maßregeln die Unterstützung der Progressisten nicht gewinnen, die den Aufstand, den sie gegen Narvaez geplant, jetzt gegen O'Donnell zu wenden gedachten und sich dabei kein geringeres Ziel als die gänzliche Vertreibung der Bourbonen steckten. Prim selbst erhob am 3. Januar 1866 in Aranjuez die Fahne der Empörung und wollte gegen Madrid ziehen. Der geringe Zulauf, den er fand, zeigte ihm aber bald, daß seine Stunde noch nicht gekommen sei; er wandte sich mit seinem Häuflein nach Süden, dann nach Westen und überschritt schon am 20. Januar die portugiesische Grenze um dort die Waffen niederzulegen. Auch in der Verbannung behielt er jedoch seine Verbindung mit den Freunden in Madrid und bewog sie zu einem neuen Aufstand, am 22. Juni. Einige Stunden hindurch schienen die Dinge für die Empörer, deren Haupt der General Pierrrod war, günstig zu stehen, die Königin selbst wurde im Schlosse bedroht, und es gelang dem Marschall nicht die Barrikaden zu nehmen. Endlich aber wandte sich der Kampf, Pierrrod floh, die Barrikaden wurden erobert, O'Donnells Stellung schien neugefestigt. Allein nachdem so die Bombe geplatzt war ohne Schaden anzurichten, zögerte auch die klerikale Partei nicht länger wieder nach der Regierung zu greifen; die Königin wurde leicht beredet die Ernennung von 25 Senatoren, die O'Donnell forderte, zu verweigern und als der Minister darauf am 11. Juli seine Entlassung einreichte, Narvaez wieder ins Amt zu berufen. Kräftig unterstützt von dem Minister des Inneren Gonzalez Bravo entledigte sich dieser nunmehr nicht allein der progressistischen Empörer vom 22. Juni durch massenhafte Todesurteile und Deportationen, sondern beseitigte auch die gemäßigten Liberalen durch Gewaltakte, ließ die Präsidenten der Cortes und des Senats Rios Rosas und Serrano samt anderen bedeutenden Personen verhaften und aus Madrid wegschaffen und vermochte dadurch auch O'Donnell freiwillig die Verbannung zu wählen, in der ihn Ende 1867 zu Biarritz der Tod ereilte. Narvaez überlebte seinen vieljährigen

O'Donnells
letztes Ministe-
rium.

Narvaez.

Gonzalez
Bravo.

Gegner nur kurze Zeit; er starb im April 1868, und Gonzalez Bravo trat als sein Nachfolger an die Spitze der Regierung. Für ihn, der keine militärische Vergangenheit besaß, war die Abgunst der liberalen Generale, die in der Armee sich großer Beliebtheit erfreuten, doppelt gefährlich; er wollte sich deshalb mit einem Schlage von ihnen befreien und ließ am 7. Juli Serrano, Dulce, Rodas und andere hervorragende Offiziere verhaften und teils nach den kanarischen Inseln teils nach den Balearen bringen. Auch dadurch fühlte er sich noch keineswegs sicher; als der gefährlichste Mann im Königreich erschien der Herzog von Montpensier, der Schwager der Königin, den die monarchische Opposition zum künftigen Herrscher oder doch zum Regenten für den minderjährigen Thronfolger Alfonso ausersehen hatte; auch er mußte Spanien verlassen und sich mit seiner Gemahlin nach Lissabon begeben. Gegen alle diese Gewaltmaßregeln konnte ein Rückschlag nicht ausbleiben, und Gonzalez Bravo suchte deshalb nach auswärtigem Beistand. In dem Wunsche Montpensiers Regentschaft zu verhindern durfte er auf die volle Zustimmung Napoleons rechnen, dem ein Orleans auf dem spanischen Thron nimmer recht sein konnte; überdies vermochte er ihm einen wertvollen Gegendienst zu leisten, indem er sich anheischig machte den Papst durch spanische Truppen in Rom zu schützen, sobald die französische Besatzung zu größeren Dingen von dort abberufen werde. Ein enges Bündnis sollte auf dieser doppelten Grundlage abgeschlossen werden, und eine persönliche Zusammenkunft der Monarchen war bestimmt es einzuleiten: Isabella begab sich im September nach San Sebastian, der Kaiser verweilte in Biarritz: an einem der nächsten Tage sollte die Begegnung stattfinden.

Der Aufstand
von Cadix.

Da traf plötzlich aus dem Süden die Nachricht ein, daß die verbannten Generale, unter ihnen auch Prim, in Cadix angekommen seien und in Verbindung mit dem Admiral Topete, der das dortliegende Geschwader befehligte, den Aufstand proklamiert hätten. Schnell bestätigten und erweiterten neue Unglücksbotschaften die Kunde von dem Geschehenen. Am 18. September 1868, einen Tag nach der Veröffentlichung von Topetes Aufruf, hatten sich die Truppen und die Bürger von Cadix der Empörung angeschlossen, am 19. eine gemeinsame Proklamation der verbundenen Generale die Einsetzung einer vorläufigen Regierung und die Wiedergeburt des Landes durch das allgemeine Stimmrecht als Ziel der Bewegung hingestellt. Mit einer Schnelligkeit, die deutlicher als alles sonst die Mißstimmung gegen das bestehende Regiment zeigte, verbreitete sich der Aufstand im Süden und sprang nach wenigen Tagen auch nach dem Norden über. Die Königin war völlig ratlos; durfte sie Hilfe von Napoleon erbitten? sollte sie nach Madrid zurückkehren? ließ sich von einer Annäherung an Serrano, ihren früheren Günstling, Rettung erhoffen? Daß Gonzalez Bravo jetzt der Sachlage nicht gewachsen war, verstand sich von selbst; du begreiffst, so sagte ihm die Königin, daß ich einen General an der Spitze des Ministeriums brauche,

und ernannte dann den General Concha, der sofort militärische Vorbereitungen traf, aber auch Verhandlungen mit Serrano einleitete. Diese scheiterten an der Forderung des Marschalls, daß die Königin Marfori verbannen und zu Gunsten ihres Sohnes Alfonso abdanken sollte. So wenig wie Isabella darauf eingehen wollte, so wenig fanden ihre Hoffnungen auf Waffenerfolge Erfüllung. General Novaliches, dem Concha den Oberbefehl übergeben, stieß am 28. September am Guadalquivir unterhalb Cordova mit Serrano zusammen und wurde bei der Brücke von Alcolea besiegt. Nun erklärte sich auch Madrid für die aufständischen Generale, Concha selbst verlangte die Abdankung Isabellas, und der Gouverneur von Katalonien, Graf Cheste, der infolgedessen zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, konnte nicht einmal in Barcelona sich Achtung verschaffen. Auf alle diese Unglücksbotschaften hin entschloß sich die Königin zur Flucht; am 30. September 1868 verließ sie Spanien und begab sich nach Pau, dessen Schloß ihr Napoleon zur Verfügung stellte. Damit war der Widerstand ihrer Partei vollkommen gebrochen; überall erkannte man die Revolution an und am 8. Oktober trat die vorläufige Regierung, die sich aus Serrano als Präsidenten, Prim für das Heer, Topete für die Marine, Zorrilla, Sagasta, Ayala, Figuerola und einigen anderen teils progressistischen teils liberalen Parteiführern zusammensetzte, ins Leben. Ohne der Entscheidung der konstituierenden Cortes vorzugreifen war die Regierung doch der monarchischen Staatsform zugeneigt; ob man aber den jungen Alfonso oder Montpensier oder Dom Fernando von Portugal oder vielleicht gar dessen Sohn, den König Luiz, auf den Thron erheben solle, darüber gingen die Meinungen völlig auseinander; keine Stimme erhob sich in diesem Kreise für Carlos VII., den Enkel des Don Carlos, der von Paris aus seine Thronansprüche wahrte. Für die Republik erklärte sich zuerst Drense, Marquis von Albaida, indem er die Katalonier sogar für die Umwandlung Spaniens in einen Bundesstaat zu gewinnen suchte; aber er konnte seine Parteigenossen, die Demokraten, die am 11. Oktober in Madrid eine große Versammlung abhielten, nicht davon überzeugen, daß es zweckmäßig sei durch diese Forderung die Einmütigkeit der Revolution schon jetzt zu stören, und Martos, das anerkannte Haupt der Partei, erklärte einige Tage später, daß sie in jedem Falle den Ausspruch der Cortes achten würden. Als er darüber hinaus mit den Progressisten und Unionisten gemeinsam für die konstitutionelle Monarchie zu wirken begann, sagten sich Drense, Castelar und andere von ihm los und bildeten eine besondere föderativ-republikanische Partei, die bald großen Anhang gewann. Doch behielten bei den Wahlen zu den konstituierenden Cortes die Monarchisten so entschieden den Sieg, daß sie reichlich drei Viertel der Abgeordneten zählten und durch einen von Salustiano Nogara ausgearbeiteten Verfassungsentwurf am 21. Mai 1869 mit 214 gegen 71 Stimmen das Königtum als die Form der Regierung durchsetzten. Am 6. Juni fand die feierliche Verkündigung dieser Verfassung

Schlacht bei Alcolea.

Flucht Isabellas.

Die Parteien.

Die Verfassung von 1869.

Regentschaft
Serranos.

Revolutionäre
Erhebungen.

Thronanbi-
daten.

statt. Weil man aber vorderhand noch keinen König hatte, so beantragte Olozaga bis auf weiteres Serrano zum Regenten zu erwählen, was denn auch am 15. Juni mit 193 gegen 45 Stimmen geschah. Die Bemühungen einen geeigneten Herrscher zu finden wurden darum doch nicht minder eifrig fortgesetzt; indes waren die inneren Zustände des Landes nicht geeignet fremde Fürsten zu einem Versuche zu ermutigen. Die Finanzen befanden sich in einer geradezu trostlosen Verfassung; Figuerola machte den Versuch eine Anleihe von zwei Milliarden Realen, d. h. etwa einer halben Milliarde Mark, zur Deckung des noch um die Hälfte höheren Defizits aufzubringen; aber trotz der glänzenden Bedingungen wurde nicht der vierte Teil gezeichnet, und man blieb nach wie vor am Rande des Bankerotts. Dazu kamen beständig revolutionäre Erhebungen in den Provinzen. Die Republikaner machten damit Ende 1868 in Cadix und Malaga den Anfang und erneuerten nach einer ersten Niederlage den Aufstand mit verstärkter Macht im Herbst 1869 unter General Pierrad in Katalonien, Aragon, Valencia und anderen Provinzen. Kurz vorher hatte Don Carlos in den baskischen Provinzen mit Tristany, Elio und anderen Getreuen einen Aufbruch zu entflammen gesucht; auch ihm war das einstweilen mißlungen, aber gering zu achten war er doch nicht, da er auf den Beistand der Ultramontanen rechnen durfte, welche durch die Austreibung der Jesuiten, die verfassungsmäßige Gewähr der Religionsfreiheit, den Bau protestantischer Kirchen in Madrid und anderen Städten unversöhnlich gereizt, schon auf eigene Hand in Burgos und anderen Orten Pöbelaufstände herbeiführten. Zu alledem mußte der künftige König außer den Ultramontanen und Republikanern auch die Anhänger der übrigen Kronbewerber sich gegenüber zu sehen erwarten. Wenigstens einer von diesen, der Herzog von Montpensier, hatte eine geschlossene Partei, die vormaligen Unionisten, für sich, und einige Minister wie Topete hielten so fest zu ihm, daß sie aus dem Amte schieden, als Prim sich durch Napoleon für den 16jährigen Herzog Thomas von Genua, einen Neffen Viktor Emanuels, gewinnen ließ. Ursprünglich hatte Prim den Vater des Königs von Portugal, Dom Fernando, begünstigt und dazu auch die Zustimmung Serranos und des ganzen Ministeriums erlangt, da man auf diesem Wege die Vereinigung Spaniens und Portugals anzubahnen hoffte. Gerade deshalb fand aber dieser Plan in Lissabon wenig Anklang, Ferdinand wies ihn im April zurück und sein Sohn, der König Dom Luiz, wartete nicht einmal das förmliche Angebot ab, sondern erklärte auf das bloße Gerücht, man wolle ihn erwählen, in einem Briefe an seinen Minister, den Herzog von Loulé, daß er Portugiese sei und bleiben wolle. Noch einen anderen Mann gab es auf der Halbinsel, dem von manchen die Ehre der Krone zugebracht wurde, Baldomero Espartero, der den Vorzug des Alters, wie der Republikaner Garrido spöttisch meinte, mit dem der Kinderlosigkeit verband; aber der 76jährige verriet keine Neigung die schwere Bürde auf sich zu nehmen. So mußte

man denn im übrigen Europa suchen, und da Viktor Emanuel für den Herzog von Genua nach längerem Schwanken ablehnte, so ging Prim auf den Vorschlag ein, den ihm Salazar y Mazarredo im Februar 1869 machte: dem Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, dem jüngeren Bruder des Fürsten Karl von Rumänien, die Krone anzubieten. Um diesen Plan in Spanien selbst populärer zu machen, schrieb Salazar im Oktober eine Flugschrift, welche die Verwandtschaft des Prinzen mit den regierenden Häusern von Portugal, Belgien, Frankreich und Preußen, seine persönlichen Eigenschaften und sein katholisches Bekenntnis gebührend hervorhob und die Aussichtslosigkeit aller anderen Kandidaturen grell beleuchtete. Es wurden darauf Verhandlungen mit dem Prinzen angeknüpft, derselbe schickte zweimal Bevollmächtigte nach Spanien um sich die Verhältnisse anzusehen, lehnte dann aber auf Grund ihrer Berichte entschieden ab. Prim ließ sich dadurch nicht entmutigen, sondern erneuerte im Frühjahr 1870 seinen Versuch nochmals und fand jetzt in Sigmaringen bessere Aufnahme, so daß er den Cortes am 11. Juni mitteilen konnte, er glaube eines Kandidaten sicher zu sein, der alle wünschenswerten Eigenschaften besitze; den Namen schon jetzt zu nennen verbiete ihm die Diskretion. Unter der Hand aber machte er sowenig ein Geheimnis daraus, daß der englische Gesandte in Madrid, Layard, seiner Regierung schon im Mai Nachricht davon hatte geben können. Das preußische Ministerium erfuhr von der Sache zuerst im März 1869, als infolge der ersten Anregung Salazars der frühere spanische Gesandte in Berlin, Rancès y Villanueva, von seinem damaligen Posten in Wien auf fünf Tage nach der preußischen Hauptstadt kam und zwei Unterredungen über die Sache mit Bismarck hatte. Dieser betrachtete den Plan als aussichtslos und nahm auch fernerhin keinen Teil an den Verhandlungen Prim's mit dem Prinzen; den König persönlich fragte dieser allerdings um Rat, erhielt aber eine abmahnende Antwort; trotzdem entschied er sich, als Salazar Ende Juni zum vierten oder fünften Male ihn in Sigmaringen aufsuchte, für die Annahme und erwirkte sich am 28. Juni 1870 von dem Könige als dem Familienoberhaupte die Zusicherung, daß derselbe sich seinen Wünschen nicht widersetzen wolle. Auf diese Meldung hin beschloß der Ministerrath in La Granja am 4. Juli 1870 unter Serranos Vorsitz dem Hohenzoller die Krone offiziell anzutragen. Vorbehalten blieb dabei die Zustimmung der Cortes, die jedoch in den maßgebenden Kreisen in keiner Weise bezweifelt wurde.

Prinz Leopold
von Hohen-
zollern.

Der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges.

So gut wie an den übrigen europäischen Höfen hatte man auch in Paris seit längerer Zeit Kunde von den Verhandlungen, die zwischen dem Prinzen und Prim schwebten: schon Ende März 1869 erkundigte sich Benedetti bei dem Unterstaatssekretär von Chile und einige Monate später bei Bismarck selbst nach der Begründung der umlaufenden Gerüchte,

Frankreichs
Stellung.